



Idemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

2. Jahrgang.

Dienstag, 24. Oktober 1922.

Nr. 250.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . KZ 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

Ercheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Parlamentseröffnung.

Nach viermonatlicher Pause treten heute wieder die beiden Kammern zusammen. Der späte Zeitpunkt, in dem die Volksvertretung endlich wieder einberufen wird, bedeutet für die Regierung eine schwere Schuld. Darüber können alle sophistischen Ausreden nicht hinwegtäuschen. In Ungarn, das wahrlich auch kein Ausbund an Demokratie ist, gibt die Verfassung schon dreifach Abgeordneten das Recht, die Einberufung des Parlamentes zu erzwingen. In der Tschechoslowakei ist dieses Recht ausschließlich der Mehrheit vorbehalten, die sich in diesem Falle rückwärtslos über die Forderung eines großen Teiles der Oppositionsparteien, der Bevölkerung und der Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter hinwegsetzte, obwohl die verheerend wirkende Krise das Eingreifen des Parlamentes gebieterisch erfordert hätte. Wenn zur Entschuldigung darauf verwiesen wird, daß nach der Verfassung die Einberufung der beiden Häuser erst im Oktober möglich war, und daß daher eigentlich „nur“ drei Wochen verloren gingen, so ist dies eine recht windige Ausflucht. Es ist wohl richtig, daß verfassungsgemäß der Oktober als Beginn der Winter session festgelegt ist, aber es bestand doch kein Hindernis, das Parlament schon in der ersten Hälfte September noch im Rahmen der Sommer session einzuberufen. Im übrigen bedeuten auch „nur drei Wochen“ für die Tausende von Arbeitslosen nicht gerade wenig. Schon die Langsamkeit, mit der die Gesetzgebungsmaschine funktioniert, bedingt, daß noch viele Wochen dahingehen werden, ehe die zu beschließenden Vorlagen zur Milderung der Krise und zur Linderung des Elends ihrer Opfer einigermaßen wirksam werden können; daß die unnötige Verschleppung dieser Maßnahmen um eine Reihe weiterer Wochen daher als Leichtfertigkeit und Grausamkeit empfunden werden muß, kann nur leugnen, wer daran mitschuldig ist, oder herbeimäsig die Verteidigung der Sünden der Regierung betreibt.

Das Parlament beginnt seine Arbeit unter wenig erfreulichen Aussichten. In der Zeit bis Weihnachten soll außer den wirtschaftlichen und sozialen Reformen, welche die Regierung wegen der Krise vorzuschlagen gedenkt, sowie einer Reihe anderer Gesetzentwürfe, der Staatsvoranschlag beschlossen werden. Für dieses umfangreiche Arbeitspensum stehen bei den Kammern knapp acht Wochen zur Verfügung. Da zudem die notwendigen Debatten über die Regierungserklärung, das Finanzprogramm und über die Außenpolitik der Regierung zwei Wochen in Anspruch nehmen dürften, so geht man in der Annahme kaum fehl, daß die Abwicklung der parlamentarischen Geschäfte sich schließlich in derselben würdelosen, hastigen und unsachlichen Weise vollziehen wird, wie bei allen früheren Sessionen dieses von seiner Mehrheit schmählich mißhandelten Parlamentes. Als einer der Gründe für seine späte Einberufung wird angeführt, daß die Auguren der Mehrheit über die Zusammenfügung der neuen Regierung und die Festsetzung des Arbeitsprogrammes sich nicht einigen konnten. Die endlich vollzogene Einigung der Lenker der Mehrheit halten diese für die Hauptsache, das Parlament selbst erscheint ihnen als Nebenache. Das hat doch nur gehorham zu apportieren, was sie ihm befehlen.

Die inner- und außenpolitischen Vorgänge in den letzten Monaten haben manchen Bündstoff angehäuft, so daß es an bewegten Vorgängen während des Sessionsabschnittes nicht fehlen dürfte. Außerdem kann man neugierig sein, wie sich die von den Tschechoslowaken und Deutschen so großmäulig angekündigte „schärfere Tonart“ zeigen wird. Nach den geschwollenen Kampfanlagen, die man von ihnen in den letzten Monaten zu hören bekam, müßte man geradezu an Brachialgewalt denken, die von ihnen zu erwarten wäre, obwohl die Herren bei allen ihren fürchterlichen Drohungen niemals die Wahn der Vorsicht verließen und sich zu sagen hüteten, was sie denn eigentlich zu tun gedenken. In der zur Schau getragenen Bescheidenheit ver-

Die Internationale gegen die Versklavung Oesterreichs.

An die Arbeiter aller Länder!

Das Exekutivkomitee der Internationalen Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien lenkt die Aufmerksamkeit der Proletarier aller Länder auf das **Manöver des internationalen Kapitalismus**, der unter dem Vorwand Oesterreich Hilfe zu bringen, es in Wahrheit darauf abgesehen hat, dieses europäische Land einem Protektorat zu unterwerfen, wie es die kapitalistischen Großmächte in Marokko und Mesopotamien ausgerichtet haben.

Das Exekutivkomitee wendet sich mit allem Nachdruck gegen die Folgen des Genfer Vertrages, der durch die Einsetzung eines General-Kommissars und einer Kontrollkommission der Entente das Oesterreichische Volk zwingen will, eine vorübergehende Dilettantenregierung mit dem Verlust seiner Freiheit zu bezahlen und sich der Fremdberrschaft zu unterwerfen.

Das Exekutivkomitee ruft die Entzweiung aller Völker gegen die Beseitigung der finanziellen Kontrolle durch das Parlament auf, die tatsächlich die Abschaffung der Demokratie bedeutet.

Indem er Oesterreich bei der Strafe des Hungertodes den Verzicht auf seine Selbstregierung aufzwingt, versucht der kapitalistische Imperialismus, der in den sogenannten Friedensverträgen von Versailles und Saint-Germain etc. das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf dem Gebiete der auswärtigen Politik verlegt hat, es auch in der inneren Politik zu vernichten.

Das Exekutivkomitee der I. A. S. P. fordert alle angeschlossenen Parteien auf, in ihren

Parlamenten gegen diesen erpresserischen Anschlag zu protestieren, der gegen ein Volk verübt werden soll, das infolge der Friedensverträge in seinen Lebensmöglichkeiten beschränkt ist und das nun unter Vormundschaft gestellt, ja geradezu in Sklaverei gestürzt werden soll.

Das Exekutivkomitee erwartet, daß die Parteien in ihrer Presse und in ihren Versammlungen den Proletariern ihres Landes die Gefahr deutlich machen werden, mit der die Kontrolle des auswärtigen Kapitals in Oesterreich die **Errungenschaften der Arbeiterklasse und den Bestand der Republik** bedroht.

Das Exekutivkomitee ist überzeugt, daß alle der I. A. S. P. angeschlossene Parteien überall dem arbeitenden Volk das Zusammenspiel der kapitalistischen Bourgeoisie aller Länder aufzeigen werden, die ebensowohl bereit ist, aus Angst vor der wachsenden politischen Macht des Proletariats ihren Interessen alle Rechte der Arbeiterklasse und selbst die Freiheit des eigenen Volkes aufzuopfern, als sie andererseits bereit ist, zum Nutzen ihrer Profitgier das Elend eines Volkes auszunützen, um es auf die Stufe einer Kolonie hinabzustufen.

Es ist Pflicht der gesamten Klassenbewussten Arbeiterschaft, ihren Protest mit dem des Oesterreichischen Proletariats zu vereinen, es mit aller Kraft in seinen Bemühungen zur Abwehr der verhängnisvollen Folgen des Genfer Kapitalistenpattes zu unterstützen und so kraftvoller als je zusammenzutreten an der endgültigen Befreiung der Internationalen Arbeiterklasse.

Das Exekutivkomitee der I. A. S. P.

England gegen die Finanzkontrolle in Deutschland.

Paris, 22. Oktober. Bradburn übte im Laufe der gestrigen Vormittagssitzung der Reparationskommission an dem französischen Plane allgemeine Kritik. Die englischen Haupteinwendungen richten sich gegen die Befugnis, welche der französische Plan dem Garantieausschusse gebe. Nach englischer Anschauung widerspricht dies den Bestim-

mungen des Zahlungsplanes vom 6. Mai 1921, in welchem es dem Garantieausschusse nicht gestattet wird, sich in die deutschen Verhältnisse einzumischen. Die Besprechungen über diese Einwendungen, die Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit und die Wirksamkeit der empfohlenen Kontrollmaßnahmen werden Montag fortgesetzt.

gaben sie nicht, sich ein Hintertürchen dadurch offen zu lassen, daß sie erklärten, den „Schwerpunkt“ des Kampfes außerhalb des Parlamentes zu verlegen. Denn sie nun im Parlament, wie anzunehmen ist, nichts anderes tun dürften, als sie sonst auch taten, so haben sie schon die Deckung dafür gesichert, denn sie wollen ja nur — außerhalb des Parlamentes „kämpfen“. Das ist dann Selbstenne mit ebler Vorsicht vereint, wobei ja der Hauptzweck, vier Monate vor den Wählern die Unentwegten gespielt zu haben, erreicht wurde. Es wird wohl auch bei den deutschnationalen Kampfanlagen das geflügelte Wort Geltung erlangen, daß angekündigte Revolutionen nicht stattfinden. Darauf deutet auch hin, daß die anderen Parteien des Deutschen parlamentarischen Verbandes von den Deutschnationalen sichtbar abgerückt sind. Zuerst drohten auch einige Führer der deutschen Agrarier mit „schonungslosem, rücksichtslosem Kampf“, aber Herr Svehla scheint sie wieder eingewickelt zu haben, denn auf einmal machte ihre Presse selber den vermittelnden Vorschlag, aus den Verhandlungen des Parlamentes alle strittigen Fragen für eine Zeitlang auszuschalten. Und ihr Hauptblatt schrieb in den letzten Tagen, unmißverständlich gegen die Ueberrationalen gerichtet: „Rögen andere mit radikalen Phrasen, die schon morgen die Siegesfahne aufpflanzen, auftrumpfen. Unser Kampf um das Recht darf sich durch bloße Worte nicht trügen lassen.“ In der letzten Sitzung des Deutschen parlamentarischen Verbandes zeigte es sich, daß neben den Agrariern auch die Christlichsozialen die Politik der Sakentkruzerparteien nicht mitmachen wollen, denn die Sitzung schloß damit, daß innerhalb des Verbandes sich nunmehr deutlich zwei Gruppen bildeten, wovon die eine, — eben die deutsche Kampfgemeinschaft — „außerhalb“ des Parlamentes zu kämpfen verspricht. Herr Dr. Rodgman zog daraus die Konsequenzen,

indem er die Uebernahme des Vorsizes im Verbands ablehnte.

Die Regierung und die Mehrheitsparteien sollten sich gegenfalls hüten, aus dem Umstand, daß bei dem Großteile der deutschen Abgeordneten die Besonnenheit obliegt hat, vorsichtige Schlüsse zu ziehen und darin etwa die Erlaubnis zu erblicken, ihren Fehlern und Veräumnissen neue hinzuzufügen. Sie wären überheblicher, wenn sie nicht erkennen würden, daß es die bornierteste und gottverlassenste Politik ist, in den Massen des Volkes das Gefühl der Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit zu erwecken. Dieses Gefühl in der deutschen Bevölkerung zu erwecken, war eifrigstes Bemühen aller bisherigen Regierungen, die ausgesprochen oder unausgesprochen hinter dem hochfahrenden und törichten Worte standen: „Mit Rebellen unterhandeln wir nicht!“ Wenn nicht alle Anzeichen trügen, treibt die tschechische Machtpolitik auch das slowakische Volk in eine Stimmung der Verzweiflung. Und nun droht das gleiche Gefühl auch die proletarischen Massen aller Nationen des Staates ob der Untätigkeit der Regierenden gegenüber dem Wüten der Wirtschaftskrise zu erfassen. Die Regierung sieht sich vor große Aufgaben gestellt. Wie sie dieselben zu lösen suchen wird, das ist vorläufig ein großes Fragezeichen. Fast kann man als sicher annehmen, daß sie ihnen auszuweichen suchen wird. Das kostet nicht viel Anstrengung und hält die Koalition hübsch beisammen, die über eine oder die andere dieser Fragen leicht stolpern könnte. Staat und Volk finden dabei freilich schlecht die Rechnung. Wenn die Regierung auch diesmal wieder das Parlament nur als Abstimmungsmaschine mißbrauchen sollte, wird sie bald den letzten Rest der Hoffnung auf Einsicht der heutigen Machthaber zerstört haben. Was das zu bedeuten hat, werden diese dann wohl erst erkennen, wenn alle Einsicht zu spät kommt.

Der bayerische Justizskandal.

Das Münchner Nachurteil gegen Fischenbach erregt weit über die Parteikreise hinaus Entsetzen und Empörung. Was menschlich und freiheitlich empfindet, fühlt schauernd die niedrigen Beweggründe, die dem Urteil zugrunde liegen und sieht die Bedrohung der unabhängigen journalistischen Berichterstattung, die in der grotesken Auffassung liegt, daß die Bekanntheit verbrecherischer Vorgänge im Inland einen „Landesverrat“ beinhaltet, weil solche Mitteilungen dem deutschen „Ansehen“ im Auslande schaden könnten. Von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages angefangen, die eine gebührende Interpellation eingebracht hat, bäumt sich die ganze sozialdemokratische Partei Deutschlands gegen das Urteil auf, was aus den Stimmen der Parteipresse hervorgeht. Der Berliner „Vorwärts“ charakterisiert den Münchner Schuldspruch als ein Verbrechen, das den Namen Deutschlands auf ewig schände, und erklärt, die vereinigte Sozialdemokratische Partei „nehme den Kampf auf der ganzen Linie auf. Sie ist entschlossen, ihn nicht ruhen zu lassen, bevor hier der Gerechtigkeit Genüge geschehen ist. Den Herren in München sei gesagt, daß es mit der Reichstagsinterpellation, falls sie nicht zum Erfolge führen wird, keinesfalls ein Bewenden haben wird. Solange das Opfer des deutschen Falles Trethaus im Zuchthaus sitzt, wird diese Tatsache Anlaß zu immer erneutem Vorgehen sein und das Spiel wird nicht anders ausgehen, als es in Frankreich ausgegangen ist.“ Die „Leipziger Volkszeitung“ erklärt das Urteil als Nachakt. „Die bayerische Reaktion“, schreibt sie, „hat ihr Opfer, der verbauchte Sekretär des Revolutionsministers Eisner, der es wagte, das Andenken seines Lehrers und Freundes gegen die Schmähungen eines Cohnmann zu verteidigen und die Reaktionslegende von der Unschuld Deutschlands am Weltkrieg abzulehnen, ist zur Strecke gebracht — ist lebendig begraben, ist, soweit das in der Macht bayerischer Justiz steht, insamiert. Das Urteil ist ein Schandmal auf jedes normale Rechtsempfinden und eine freche Bedrohung der deutschen Republik! Die deutsche Republik hat allen Anlaß, sich gegen eine solche bayerische Justizpraxis, die sich direkt gegen den Bestand der deutschen Republik richtet, zur Wehr zu setzen. Die bayerische Reaktion wird, dafür wollen wir arbeiten, bald empfinden, daß sie hier den Bogen überspannt hat! Dieser Spruch muß der Anstoß zum energischen Kampf gegen die bayerische Gefahr sein!“ Die „Arbeiterzeitung“ erblickt in dem Urteil einen Vorstoß der Reaktion gegen Sozialdemokratie und unabhängige Journalistik, um ihre Darlegung folgendermaßen zu schließen: „Dreißig Jahre Zuchthaus für drei Männer, die nicht mit einem Schein von Schuld beladen sind, dreißig Jahre Zuchthaus, also genau ebensoviel, als vor wenigen Tagen über die elf Mörder und Mordbelfer Rathenau verhängt wurde! Fürwahr, die bayerischen Richter gehören aufs Sakentkruz, als Wahrzeichen der tiefsten Erniedrigung deutscher Kultur und deutschen Wesens.“ Auch der bürgerlich-demokratischen Presse Deutschlands darf man nachsagen, daß sie das Symptomatische und Prinzipielle des Falles voll erfasst und ihn darum energig bekämpft. So stellt die „Vossische Zeitung“ fest, daß „die ungeheuerlichen Strafen sofort im Gerichtssaale selber Ueberrassung und Schrecken hervorgerufen haben, da man nach der Beweisaufnahme nicht entfernt mit einem solchen Ausgang des Prozesses rechnen konnte. Das Besondere — um es gelinde auszudrücken — setzt sich außerhalb des Gerichtssaales fort, und es wäre ein großer Irrtum, anzunehmen, daß etwa das ganze bayerische Volk mit diesem Urteil eines sogenannten Volksgerichts einverstanden wäre.“ Das „Berliner Tagblatt“ erklärt es klipp und klar als „Widerspruch gegen jedes normale Rechtsempfinden, das geschwindrige Waffenverbände jeder Art vor der Öffentlichkeit geheim zu halten sind und ihre Bekanntheit als Spionage zu bestrafen sei.“ Die „Frankfurter Zeitung“ spricht von „draconischer Härte“ und — im Vergleich zum Urteil über die Rathenau-Mörder — von einer „Verwirrung und Störung des Rechtsempfindens“ und die hinfänglich reaktionäre „Neue Zürcher Zeitung“ findet gar, daß das „Volksgericht“ das „Ansehen des bayerischen Staates schwer geschädigt“ habe. „Das unbegreifliche Urteil, das in der grausamen Härte seiner Strafbemessungen im wesentlichen den Anträgen des Staatsanwaltes folgt, entspricht dem Verfahren, das allen Anforderungen ins Gesicht schlug, die man an die Prozeßführung in einem Rechtsstaat stellen muß. Das Urteil will aber nicht bloß die Angeklagten treffen; der Glaube an die Abschreckungstheorie hat bei seiner Fällung in

hohem Maße mitgewirkt. Zum Begriff der „Drum- mungszelle“, die der bayerische Staat dar- stellen möchte, gehört offenbar Kirchhofstraße der po- litischen Gegner. Der Fall ist demnach trag, daß man die Erwartung aussprechen darf, nationale und internationale Presseorganisationen werden sich mit ihm abgeben.“

Man muß diese bürgerlichen Stimmen hören und die Entrüstung, die in ihnen zittert, um die ganze Gesinnungsumwälzung unserer heim- lichen deutsch-demokratischen Presse zu erfassen, die an das unerschütterliche Urteil kein einziges Wort verliert! Wenn sonst irgendwo in der Welt einen Journalisten ein Lob heißt, schreiben alle bürgerlichen Kollegen Peter und Paulus. Wo aber die Justiz eines Staates ein- teiliges Mittel gefunden hat, um die freie Ver- richterstattung zu erzwingen, schreibt sie mahn- endenstill. Es geht doch nur um einen Sozial- demokraten und dessen „Kammling“ und da- mals um jede Tasse Thee, auch wenn drei Men- schen ohne jede Schuld hinter Zuchthausmauern begraben werden!

Rudolf Franke-Frankenbach.

Dem Genossen Frankenbach drücken wir da sich die Anerkennung hinter ihm schicken, die Hand.“ (Leipziger Volkszeitung vom 22. Oktober 1922.)

Auch wir drücken dir, Genosse Frankenbach, die Hand in Anerkennung, Dankbarkeit und Be- reitschaft, die beispiellose bayerische Schandurteil als die auffallendste Erscheinung der mitteleuro- päischen Reaktion nach Kräften zu bekämpfen. Auch wir gedenken in diesen Tagen, da sich die Kerkertore auf elf Jahre hinter ihm schließen sollen, des mutigen Revolutionärs, des Mär- tyrers Rudolf Frankenbach-Franke. Unter dem Namen Franke fest verankert in der Erinne- rung des deutsch-böhmischen Proletariats, hat der mit blutigem Unrecht Verurteilte eine Zeitlang aktiv teilgenommen an unseren Kämpfen, unter dem Namen Rudolf Franke ist Frankenbach in den Sommermonaten des Jahres 1920 in den vorbereiten Reihen unserer Be- wegung, im Kampfe der deutschen Sozialdemo- kratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion in diesem Staate gestanden; auch damals fiel er unserem Todfeind, dem Klassenstaat, zum Opfer und der gewaltige Proteststurm unserer ganzen Arbeiterschaft konnte uns ihn nicht wiedergeben.

Es ist ohne Zweifel noch in aller Erinne- rung, daß Rudolf Frankenbach im Juli 1920 im Kreise Kuffig an die Spitze unserer Bewegung gestellt wurde. Musterhaft und tapfer führte er in den Monaten bis zum Gewaltstreich der Regierung Cerny die Redaktion des „Volks- ruchi“ in Kuffig an und erwarb sich dort sowohl durch seinen mutigen Kampf in der Presse, als auch durch seine unermüdete agitatorische und organisatorische Tätigkeit bald das volle Ver- trauen, durch seine von starker sozialistischer Ueberzeugung getriebene Liebe für die Sache des Proletariats auch die Zuneigung und Verehrung der Arbeiterschaft, namentlich des Kuffiger Ge- bietes in ganz ungewöhnlichem Maße. Es ist nicht abzuschätzen, was alles Franke-Frankenbach noch im Dienste der deutschen Sozialdemokratie dieses Staates hätte leisten können, wenn eben nicht der skrupellose Gewaltakt der damaligen Beamtensregierung seinem gefährlichen Wirken ein so plötzliches Ende gesetzt hätte.

Dienstag den 21. September 1920, nächst- licher Weile, wurde Genosse Frankenbach in seiner Wohnung verhaftet und von der tschechoslowaki- schen Staatspolizei im Auto über die sächsische Grenze gebracht. Dies geschah ohne jede Angabe von Gründen, selbst die politische Behörde in Kuffig vermachte darüber seinen Ausschluß zu geben. Ein Willkürakt der tschechoslowaki- schen Staatspolizei jagte den Genossen der sächsi- schen Polizei in die Arme, die ihn, den früheren Privatsekretär Eisners, den unüber-

Krise der deutschen Regierung.

Strenge Drohung der Sozialdemokraten mit dem Austritt aus der Regierung.

Berlin, 23. Oktober. (Eigenbericht.) Von den bürgerlichen Parteien war offenbar angenommen worden, daß es die Sozialdemokraten selbst in der jetzigen Situation nur bei Drohungen be- wenden lassen würden. Nachdem aber bekannt geworden ist, daß unsere Partei eine klare Ent- scheidung in den jetzt im Vordergrund stehen- den Fragen herbeiführen will, scheint man auf bürgerlicher Seite endlich den Ernst der Lage begriffen zu haben. In der heutigen Vormittags- sitzung der sozialdemokratischen Fraktion ging die allgemeine Auffassung dahin, daß der Verzie- rung des Preises für das erste Drittel der Ge- setzesperiode nicht zugestimmt werden dürfe. Die Entscheidung über die zur Zeit wichtigste Frage, die Maßnahmen zur Stützung der Mark- fall in einer Fraktionslösung fallen, die nach den Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern stattfinden wird. Inzwischen haben sich die Differenzen zwischen dem Reichsfinanz- ministerium und dem Reichswirtschaftsministe- rium noch verschärft. Der Wirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt verlangt eine we- sentliche Verschärfung der Devisenverordnung und ihre schnelle Ergänzung durch die anderen von der Sozialdemokratie geforderten Maßnahmen. Reichsfinanzminister Dr. Hermes dagegen versucht nicht nur die Annahme dieser Forderung zu verhindern, er möchte auch dem Drängen der kapitalistischen Kreise nachgeben, daß nämlich die Devisenverordnung ganz aufgehoben oder min- destens wesentlich gemildert werde. Diese Kräfte werden noch verschärft durch die Bestrebungen der deutschen Volkspartei, in die Koalition aufgenom- men zu werden. Heute hatte der Reichskanzler bereits eine Besprechung mit Hugo Stinnes.

Der Kampf um die Devisenverordnung.

Berlin, 23. Oktober. (Eigenbericht.) Der Reichskanzler hatte zur Durchführung der Stabi- lisierung der Mark für heute abend die Partei- führer zu sich geladen. Zu seinen einleitenden Ausführungen wies Dr. Wirth darauf hin, daß es Zeit geworden sei zu positiven Maßnahmen und daß die Situation des deutschen Volkes eine Verjagung der jetzt akuten Frage nicht mehr ver- trage. In der daran anschließenden Aussprache wandten sich die bürgerlichen Parteien gegen die Devisenverordnung. Die Demokraten halten diesen Schritt des Reichskabinetts grundsätzlich für

men Revolutionär der bayerischen Gegenre- volution auszuliefern hatte.

Diese internationale Aktion der innig vereinigten Reaktionen löste bei der Arbeiterschaft, namentlich des Kuffiger Gebietes ungeheure Auf- regung aus. Zum Proteste gegen diesen brutalen Streich der Reaktion trat am nächsten Tage die gesamte Arbeiterschaft von Kuffig, Tetschen, So- denbach, Sobositz und Leimertitz in einem 24stün- digen Generalkonferenz. In riesigen Massenverfam- mlungen brachten die Arbeiter ihre Empörung über die provokative Ausweisung ihres Vertrauens- mannes zum Ausdruck. Die sozialdemokratische Partei interpellierte — leider vergebens — die Regierung, und auf dem denkwürdigen Karls- bader Parteitag machte sich die ungeheure Erregung über den an Genossen Frankenbach verübten Streich der Gegenrevolution in scharfen Worten Luft. Den Sieg aber trug die Gegen- revolution davon. Vor einigen Tagen hat sie in Leipzig den Verfolgten, den müde Gehegten, zur Strecke gebracht.

Rudolf Franke-Frankenbach, unser tapferer Kämpfer und Gefährte, der geliebte Ver- trauensmann der deutsch-böhmischen Arbeit- schaft, der ehrliebe Streiter des deutschen Proletariats, der internationale Revolutionär, der treffliche Journalist, der kluge Redner und aus- gezeichnete Agitator, ist das Opfer der unüber-

unangebracht, während Zentrum und Volkspartei eine Abänderung der Verordnung wünschen. Ge- nosse Hermann Müller wandte sich für die Sozialdemokratie gegen eine Aufhebung der De- visenverordnung und forderte vor allem neben den bisherigen negativen Maßnahmen positive Wege, die schleunigt beschritten werden sollten. Er machte kein Hehl daraus, daß die Sozialdemo- kratie in dieser Situation vor eine schwierige Ent- scheidung gestellt sei. Die Besprechungen der Parteiführer werden morgen fortgesetzt werden.

Abwägung der Devisenkurse.

Berlin, 23. Oktober. (Eigenbericht.) An der heutigen Börse erfuhren die Devisenkurse auf die Nachrichten über den Abschluß der Ausgleichs- verhandlungen eine Abwägung. Der Dollar ging zurück von 4418 auf 4074, die tschechische Krone von 143.14 auf 133.16.

Forderung der Sozialdemokraten: Erhaltung der Lebensmittelvorräte.

Berlin, 23. Oktober. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstage eine Ent- scheidung eingebracht, wonach in Anbetracht der Tatsache, daß der Sturz der Mark zu einem voll- kommenen Zusammenbruch der öffentlichen Brot- versorgung zu führen droht, die restlose Erfassung der im Inlande vorhandenen Vorräte an Le- bensmitteln, die sich in den Händen der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels befinden, durch- zuführen sei. Die Reichsregierung soll sofort einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den die voll- ständige Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel verfügt wird.

Folgen der Markenwertung.

Berlin, 23. Oktober. (Eigenbericht.) Die neue Marktentwertung machte sich sofort in einer maßlosen Steigerung für alle Lebensbedürfnisse bemerkbar. Heute kündigen die Berliner Bäder- meister an, daß der Preis für das markenfreie Brot pro Stück auf 200 Mark, für Brötchen auf acht Mark erhöht wird. In der nächsten Woche soll eine neue erhebliche Preissteigerung folgen. Auch Brot auf Marken wird auf mehr als 100 Prozent erhöht.

trefflichen bayerischen Klassenjustiz geworden, die ihn als eines der Opfer auf elf Jahre hinter Schloß und Riegel behalten will, damit die Maulwürfe der Republik Deutschland, damit die Monarchisten und Mordheer ungestört ihr Werk forschen können. Daß sie es nicht weiterführen, daß die Blühträume der bayerischen Reaktionen nicht reifen, daß Rudolf Frankenbach nicht lange Jahre hinter Kerkermauern verbringen, das ist die Aufgabe, die dem sozialistischen Proletariat Deutschlands gestellt ist. Es in dieser Aufgabe mit allen unseren Kräften zu unterstützen, sind wir unserem Genossen Franke-Frankenbach, sind wir den Gedanken der Demokratie und des So- zialismus, der Idee der Revolution schuldig.

Internationaler Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Genf, 21. Oktober. (Schw. D. A.) Im Ver- laufe einer Besprechung, an der Vertreter Belgi- ens, der Tschechoslowakei, Dänemarks, Frank- reichs, Italiens, Oesterreichs, Norwegens, der Schweiz und Ungarns teilnahmen, wurde bespro- chen, die internationale Organisation für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wieder herzustellen.

Die Orientierung der Zugvögel.

Von Friedrich Luchan.

Wer jetzt zur Herbstzeit die Großstadt ver- läßt, um draußen in der Natur Erholung zu su- chen, wird bei einer Wanderung durch Feld und Flur häufig größeren Vogelscharen begegnen. Besonders Stare, Finken und Ammern treffen wir in größeren Trupps an. Schwärme sitzen oft zu Hunderten auf den Telegraphenbrühen am Wege; hin und wieder zeigt sich ein Raubvogel, wie Bussard, Turmfalke, Lerchenfalk oder Wau- serfalk. Sie alle befinden sich auf dem Zuge, um den Winter in südlichen Ländern mit wärmerem Klima zu verbringen. Da fragt man sich unwill- kürlich: wie finden die Wanderer den Weg in die weit entfernte Winterherberge, die für Schwärme, Störche und viele andere Vögel im tropischen Afrika liegt? Wer gibt ihnen die Richtung an, die sie einschlagen müssen? — Für diejenigen Vögel, die gesellig ziehen, läßt sich die Frage unschwer beantworten, wenn man an- nimmt, daß die Alten, welche die Reise bereits mehrmals ausgeführt haben und daher den Weg schon kennen, die Jungen führen, so daß also die Kenntnis der Zugwege durch Tradition erhalten wird. Diese Erklärung scheitert aber bei denjeni- gen Vogelarten, die nicht gesellig wandern, son- dern einzeln, wie zum Beispiel der Amsel oder der kleine Raubvogel. Der junge Vogel, der sich allein auf die Reise begibt, schlägt mit absoluter Ge- wissheit einen Weg ein, den er gar nicht kennt, und fliegt nach einem neuen, ihm ganz unbe- kannten Lande, von dessen Existenz er gar nichts

wissen kann. Man nahm früher an, daß die nach Süden zunehmende Wärme dem Zugvogel die Richtung vorschreibt. Nun nimmt aber in Europa die Wärme nicht allein südwärts, sondern auch nach Westen und Südosten zu, die zunehmende Wärme gibt also dem Zugvogel gar keine be- stimmte Richtung an. Außerdem wissen wir, daß gewisse Zugvögel, wie zum Beispiel die Lachmö- ven aus Süddeutschland und Böhmen und der Dorschvogel aus dem mittleren Deutschland, ihre Zugbewegung im Herbst mit einer nördlichen Richtung beginnen, die sie zunächst nach der Nordseeküste führt, von wo dann die Wanderung westwärts nach dem Gebiete des Armeekanaals und des Atlantischen Ozeans fortgesetzt wird. Diese nördliche Zugrichtung geht also nicht einem wärmeren, sondern zunächst einem kälteren Klima entgegen. Die Orientierung der Zugvögel nach der Wärme läßt sich folglich nicht aufrecht erhal- ten. Nach dem Urteile anderer Forscher sollen die Zugvögel dem Verlaufe der barometrischen Per- zessionen folgen. Das Auftreten und der Ver- lauf der barometrischen Maxima und Minima sind aber sehr verschieden und keineswegs an bestimmte Jahreszeiten gebunden. Die Vögel wür- den also in den einzelnen Zugperioden ganz ver- schiedene Richtungen einschlagen, was zu der ge- schmacklos festliegenden, immer gleichbleibenden Zugrichtung, wie sie sich aus den Resultaten der Vogelberingung ergibt, im Widerspruch steht. Auch die Windverhältnisse können keinen Einfluß auf die Zugrichtung ausüben, da die Vögel sowohl bei Gegenwind, bei Rückenwind sowie bei Seiten- wind ziehen.

Am Leben der Tiere, und besonders des Vogels, spielen die angeborenen Triebe eine

große Rolle. Vögel, die man ganz jung dem Neste entnimmt und im Zimmer aufzieht, zeigen später genau dieselben Lebensgewohnheiten wie die frei- lebenden Artgenossen. Weisen und Kleiber, die ich großgezogen, sammelten im Herbst Nahrungsvor- räte ein, indem sie Hans- und Sonnenblumen- kerne in den Zimmermöbeln versteckten. Junge, von Menschenhand aufgefütterte Würger be- ginnen bald nach dem Flüggeworden ihre Nahrung aufzusuchen, sobald man ihnen einen Dornen- zweig in den Rastig steckt, obwohl sie es niemals von ihren Eltern gesehen haben. Noch zahlreiche derartige Beispiele könnte ich aus den Beobach- tungen, die ich an meinen Zimmervögeln machte, anführen. Ja sogar die Technik des Nestbaues ist dem Vogel angeboren, denn in der Brutmaschine erbrütete und von Menschenhand aufgezogene Vögel, die niemals mit ihren freilebenden Art- genossen in Berührung gekommen sind, bauen später genau dieselben Nester wie in der Freiheit, obwohl sie die elterliche Wiege niemals gekannt haben. Wir Menschen können uns überhaupt nicht vorstellen, daß die Technik eines Sandver- kes, zum Beispiel die Herstellung einer Uhr, eine erbliche Eigenschaft sein soll, die wir als Kind mit auf die Welt bringen, ohne sie erst erlernen zu müssen. Für die Vögel sind aber derartige Dinge etwas ganz Selbstverständliches und Na- türliches! Wir dürfen daher mit vollem Recht an- nehmen, daß der Vogel auch auf dem Zuge kei- ner besonderen Leitung bedarf, sondern daß er lediglich einem angeborenen Triebe folgt, der ihm ganz instinktiv und automatisch die Richtung vor- schreibt. Dieser ererbte Richtungsinn kann sich natürlich nur auf eine allgemeine Richtung be- ziehen, zum Beispiel, im Herbst nach Süden oder

Inland.

Bekanntnisse des Dr. Kramarich.

Wenn die Politik der tschechoslowakischen Republik, wie es manchmal zu geschehen pflegt, in eine Ristgrube mündet, so kann man dessen gewiß sein, daß die tschechischen Nationaldemo- kraten zuerst und am ausgiebigsten in so trübem Sumpfe fischen werden. Diesmal ist es die sehr anrüchige Spionageaffäre, deren Dred noch zu wenig aufspritzen schien, so daß sich die Natio- naldemokraten bemüht haben, Versammlungen einzuberufen, in denen dieses Thema den Haupt- inhalt ihrer „Berkundigungen“ bildete. Nach den vielen „Meinen“ der Partei war es Dr. Kram- arsch, der dieser Tage in Prohnik und Olmütz über diese Angelegenheit sprach. Seine Einlei- tungen berührten die Favorinafrage, die ihm reichlich Gelegenheit bot, seinen alten Haß gegen Dr. Beneš z. B. mit folgenden Worten zu be- funden: „Die Favorinafrage ist ein Beweis, wie Außenpolitik nicht gemacht wird und nicht gemacht werden darf.“ Aber das Wichtigste war dem Herrn Dr. Kram- arsch die Spionageaffäre. Und da hat er seiner monarchistisch berechneten Zunge so freien Lauf ge- lassen, wie wir es schon lange von ihm nicht ge- hört haben. Zunächst verwies er auf die Gefahr, die aus einem Konflikt zwischen Tschechen und Deutschen erwachsen könne. Diese bestehe seiner Ansicht nach darin, daß die deutschen Offiziere vor eine solche Situation in diesem Falle gestellt wären, in der die Tschechen zu Oesterreichs Zeit sich befanden. Das ist sehr interessant: Herr Dr. Kramarich macht damit das offene Geständ- nis, daß die Deutschen der tschechoslowakischen Republik sich in derselben Lage befinden, in der die Tschechen Oesterreichs gewesen sind. Das ist eine ungeheure Erkenntnis. Ist Dr. Kramarich plötzlich und wider seinen Willen vom Geiste die- ser politischen Erkenntnis übermannt worden? Jedenfalls ist er sofort darauf in die erkenntnis- lose Art nationaldemokratischer Schlussfolgerun- gen geraten, wenn er von einem drohenden Krieg zwischen Tschechen und Deutschen spricht. Von diesem drohenden Konflikt könnte genau so Dr. Baeran sprechen. Das ist eben die allen Na- tionalisten gemeinsame „Montalität“.

Weit tiefer läßt Dr. Kramarich in sein für den Monarchismus erplühtes Herz blicken, da er als Ersatz für staatsgefährliche Offiziere die Auf- nahme — russischer Offiziere empfiehlt. Sie sind ihm „eine Garantie sicherster Zuverlässigkeit“. Denn „viele unter ihnen haben auch für unsere Befreiung rühmlich gekämpft. Vielleicht besteht ihnen gegenüber die Furcht, daß sie Monarchisten sind? Ist es aber unsere Pflicht, die ganze Welt zu republikanisieren? Hier ist einmal Dr. Kram- arsch um einen vier lange Jahre unterbrückten Stohseufzer leichter geworden. Das „Republika- nisieren“ war ihm nie unangenehm, und es wäre wohl richtiger gewesen, wenn er ganz offen ge- sagt hätte: „War es aber unsere Pflicht, uns zu republikanisieren?“ Denn das ist des national- demokratischen Rudels Kern: Monarchie und Militarismus. Von dieser Sehnsucht wird Dr. Kramarich aufeinander nie lassen. Was er mit solcher Politik erreicht, beweist folgende, am Sonntag von der „Tribuna“ zitierte Londoner Meldung des „Daily Herald“: „In Madrid wird bekannt, daß dort ein Vertreter des tschechischen Politikers Dr. Kramarich mit einem Antrag für die Kaiserin Jita eingetroffen sei. Man erzählt, daß Dr. Kramarich Unterstützung für die Erneuerung der gewesenen Monarchie mit der Be- dingung anbietet, daß den Tschechen die führende Rolle erteilt werde.“ Die „Tribuna“ bemerkt dazu: „Diese unsinnige Nachricht ist nur die Frucht der bisherigen Politik des Dr. Kramarich und der nationaldemokratischen Partei.“

Aber das wird die Nationaldemokraten nicht hindern, in ihren politischen Wahnstinn sich wei- terhin zu verbeissen. So kämpft die „Narodni Politika“, eines ihrer niedrigsten Trabanten-

Besten zu wandern, wofür der Vogel offenbar ein instinktives Gefühl hat. Dagegen kann man nicht annehmen, daß die Richtung eines kompli- zierten Wanderweges, der vielfach seinen Lauf ändert, wie er bei manchen Vogelarten vor- kommt, angeboren ist. Hier müssen noch äußere Reize dazu kommen, die den Vogel leiten. Tat- sächlich folgen die Vögel mit Vorliebe den Auf- läufen und Meeresküsten, die wohl einen Reiz auf die wandernden Vögel ausüben. Wir müssen also eine doppelte Art der Orientierung der Zug- vögel unterscheiden:

1. Die große Orientierung, das heißt, die Fähigkeit, einer bestimmten, allgemeinen Richtung zu folgen. Sie ist offenbar angeboren.
 2. Die feine Orientierung, die durch äußere Reize, wie Wasserläufe, verursacht wird.
- Mit Hilfe dieser Orientierung wandert der Vogel so lange, als der Zugtrieb, der ebenfalls rein automatisch die Zugbewegung auslöst, in ihm zege ist. Erlischt dieser, so stellt der Vogel den Wanderflug ein, und er verharret dann an der betreffenden Stelle, die das Winterquartier bildet, so lange, bis im Frühjahr der Zugtrieb von neuem erwacht und ihn im Verein mit dem Fortpflanzungstrieb wieder der Heimat zuführt, wo er das Brutgeschäft verrichtet. Der Zugvogel strebt also auf seiner weiten Reise nach einer anderen klimatischen Zone gar keinen bestimm- ten Ziele zu, sondern das Ziel der Reise ergibt sich aus dem Aufhören des Zugtriebes von selbst. So kommen wir in dem Problem des Vo- gelzuges immer wieder auf eine angeborene, me- chanische Handlungsweise zurück, der anscheinend auch das Pfadfinden des Zugvögels angehört.

Einigung über die deutschen Ausgleichszahlungen.

Beilegung Deutschlands von den Ausgleichszahlungen bis Juli 1923.

Berlin, 23. Oktober. (Wolff.) Die Verhandlungen mit den Vertretern der alliierten Ausgleichskämter sind am Samstag abgeschlossen worden. Die Vertreter der beiderseitigen Ausgleichskämter haben ein Abkommen vereinbart, wonach Deutschland bis zum Juli 1923 von Zahlungen im Ausgleichsverfahren befreit ist. Das Abkommen ist den Regierungen zur Annahme vorzulegen. Die Entscheidung der Reichsregierung wird im Zusammenhang mit der Regelung der allgemeinen Reparationsfrage zu erfolgen haben. Die deutsche Regierung bereitet eine Denkschrift über die gesamte Frage der Ausgleichsverhandlungen vor, die dem Reichstage demnächst vorgelegt werden soll.

In der Frage der Ausgleichszahlungen handelt es sich um folgendes: Deutsche Kaufleute und Industrielle waren vor dem Kriege ins Ausland Geld schuldig. Ebenso natürlich Angehörige der alliierten Staaten nach Deutschland. Mit dem Ausbruch des Krieges sind jedoch alle Zahlungen an das feindliche Ausland — hüben wie drüben — verboten worden. Im Versailles-Frieden ist nun bestimmt worden, daß die beiderseitigen Zahlungen durch innerstaatliche Ausgleichskämter besorgt werden, wobei jedoch die ausländischen Schuldner an Deutschland direkt nichts zu zahlen brauchen, da diese Zahlungen auf Reparationskonten zugunsten Deutschlands gutgeschrieben werden. Ueber die Ausgleichszahlungen Deutschlands an das Ausland ist bereits mehrmals verhandelt und nunmehr definitiv ein Moratorium bis zum Juli 1923 zugestanden worden. D. Red.

was aber im Widerspruch zu den Verpflichtungen steht, die sie als Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft gegenüber haben. Nach den letzten Sitzungen scheint es dem Referenten, daß bei den kommunistischen Vorstandsmitgliedern die Pflicht gegenüber den Gewerkschaften Oberhand gewonnen hat, indem sie die vom Verbandstag übernommenen Pflichten höher eingeschätzt haben als ihre politische Ueberzeugung. An der Artillerie, die Kreisch jüngst im Vorwärts gelegentlich des Ausschlusses des Sture und Genossen veröffentlicht hat, weist Redner nach, daß die Kommunisten selbst eine Opposition im Innern ihrer Partei nicht zulassen, und sie dürfen sich daher nicht widern, wenn auch die Gewerkschaften eine Fraktions- und Zellenbildung in ihren Reihen nicht dulden wollen. Sodann kommt der Referent auf das Verhältnis zum tschechischen Verband ausführlich zu sprechen. Er kritisiert die Aufnahme der ausgeschlossenen kommunistischen Mitglieder des deutschen Bauarbeiter-Verbandes in den Prager Verband, ein Vorgang, der den allgemeinen gewerkschaftlichen Grundgedanken widerspricht. Die tschechischen Kollegen, die sich stets als internationale Revolutionäre bezeichnen, führen merkwürdigerweise stets den Nationalismus im Munde. An verschiedenen Beispielen zeigte Genosse Hausmann die zwiespältige Stellungnahme des tschechischen Bauarbeiter-Verbandes bei verschiedenen Anlässen. Er erklärte, daß der deutsche Verband sehr interessantes Material gesammelt habe und so könnte man begreifen, daß es ganz gut gewesen ist, daß Kollege Teienta vom tschechischen Verband nicht zur heutigen Tagung geladen wurde, denn er hätte kein einziges Wort mitentsprechen können und mit Spott und Hohn von diesem Verbandstag weggehen müssen. (Sehr richtig.)

Genosse Hausmann besprach sodann einzelne in der letzten Zeit aufgetretene aktuelle Streitfragen über den Kollektivvertrag, den Achtstundentag usw. und schloß mit der Aufforderung an die Delegierten, den Bericht des Vorstandes über die verlossene Berichtsperiode einer strengen, unnachlässigen aber gewissenhaften Prüfung zu unterziehen. Er sei überzeugt, daß der Richterspruch des Verbandstages nur so ausfallen könne, daß der Vorstand im Sinne der übernommenen Pflichten im Interesse des Verbandes und der Mitglieder gewirkt und nach bestem Können seine Pflichten erfüllt hat. (Lebhafte Beifall.)

Darauf wurde die Weiterverhandlung auf Montag vormittag vertagt.

Tagess-Neuigkeiten.

Unser neuer Roman. Heute beginnen wir mit der Veröffentlichung des neuesten Werkes des berühmten amerikanischen Schriftstellers Upton Sinclair: „Man nennt mich Zimmerman.“

Juristische. Wir lesen in der „Globe“: Wer ehedem durch alle Massen eines deutschen Gymnasiums hindurchgestrichelt wurde, erinnert sich vieler seiner Pausen mit mit gestäubten Haaren. Welche Lederjacken! Und wie begrenzte die Mauer des Schulhofs ihre Welt! Wie vergarnten sich alle Verteilungen in ihrem mit Gerundum und Gerundum, mit Kai und an, mit Sinus und Kosinus volgegropfem Hirn! Ein kleiner Unfug wurde als Majestätsverbrechen gewertet, ein Verstoß gegen die Schulordnung war ein un-ge-heu-res Vergehen gegen die göttliche Weltordnung. Man hatte die Mathematikaufgabe vom „Nebenmann“ abgeschrieben und sah sich als „moralisch verkommenen Burfchen“ behandelt, man war Zigaretten rauchender Weise auf der Straße betreten worden und fühlte sich von geifernden Lippen bespritzt: „Sie haben glücklich den tiefsten Grad sittlicher Verworfenheit erreicht!“, man war des stöhligen Vegerklupps bezichtigt und vernom erschüttert die Prophezeiung: „Menschen wie Sie eiden im Strafgraben!“, und den guten Konrad Haenisch warf man hochmütig-geschnitten aus der Prima hinausman „denn ich bin“, wie es im gravitativen Komplex der Konferenzbeschlüsse heißt, „von der Anstalt“, weil er — welcher Abgrund! — sozialdemokratische Bestrebungen verdrängt war. Heute amiet gottsch ein Geschlecht von akademischen Lehrern, daß die Dinge vorwärtsfreier und vernünftiger ansieht. Da sitzt zum Beispiel auf der Prima des Sieglitzer Realgymnasiums ein junger Mensch, der einige Allotria getrieben hat, lieber Himmel! nichts Weltbewegendes, er hat nur einen Mordplan gegen einen Reichsminister ausgeheckt und gleichgestimmten älteren Spiegel mitgeteilt, die dann auch wirklich den Minister zusammengehockt haben. Und ihr denkt in Erinnerung früherer Zeiten, nachdem dieser Heinz Studienrauch aus der Untersuchungshaft entlassen ist, wird er auf der Schule als sittlich minderwertig qualifiziert und allerschleunigst „von der Anstalt verwiesen“. Aber kein Gedanke! Der lobesame Jüngling setzt sich auf seine gewohnte Bank, als sei nichts geschehen; niemand behelligt ihn; deutschnationale Oberlehrer werden doch deutschnationalen Primanern ihr kleines Privatvergnügen lassen. Wir gedenken unserer Pennalarjahre und freuen uns des Fortschritts.

Der Verband der deutschen Theaterhalter der tschechoslowakischen Republik hielt dieser Tage in Prag unter dem Vorsitze seines Obmannes, Rechtsanwalt Dr. Eugen Krumpal, in Brünn, seine diesjährige Hauptversammlung ab, bei welcher die Verbandsmitglieder nahezu vollständig vertreten waren. In seinem Tätigkeitsbericht hebt der Verbandsausschuß hauptsächlich die Schaffung eines Vollzugsausschusses zum Schutze der deutschen Theater, bestehend

Chaubinismus im Arbeitsamt.

Genf, 21. Oktober. In der Sitzung des internationalen Arbeitsamtes wurde der Antrag des Franzosen Johauz, neben Englisch und Französisch auch die deutsche Sprache als Amtssprache der internationalen Arbeiterorganisation zuzulassen, mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Johauz begründete seinen Antrag damit, daß insgesamt 8 Millionen von 25 Millionen organisierten Arbeitern Deutsch als Muttersprache sprechen und 4 bis 6 Millionen sich außerdem der deutschen Sprache in ihren Beziehungen zum internationalen Arbeitsamt bedienen. Er sieht in seiner Forderung eine logische Forderung der Arbeiterorganisation überhaupt, die unbedingt der deutschen Sprache zu ihrem Ausbau bedürfe. Der spanische und der italienische Delegierte forderten aus den gleichen Gründen die Einführung der spanischen bzw. italienischen Sprache anstelle der deutschen. Der tschechoslowakische Vertreter Dr. Stern befürwortete die Einführung einer slawischen Sprache im Hinblick auf die voraussetzliche Zulassung Russlands. Der südslawische Vertreter Alt trat in deutscher Sprache ebenfalls sehr lebhaft für die Einführung des Deutschen ein, das vorläufig wichtiger sei als die slawische Sprache, da es von zahlreichen nichtdeutschen Arbeitern gesprochen werde und vor allem die Sprache eines Landes sei, das an der Spitze des sozialen Fortschritts stehe

und einen zweifellosen Anspruch auf Gleichberechtigung habe. In ähnlichem Sinne äußerte sich der englische Arbeiterdelegierte Tiller. Der französische Arbeitervertreter Johauz trat hierauf nochmals in einer großen Rede für das Deutsche ein. Er betonte, daß man alle politischen und sentimental Gründe ausschalten und nur das Wohl des Arbeitsamtes und der Arbeiterkonferenz in Betracht ziehen dürfe, was unbedingt die Einführung des Deutschen erfordere. Die Wahrheit müsse über alles gehen und die Wahrheit laute: Die Mehrzahl der Intelligenz und der an der Arbeiterorganisation interessierten Arbeiter spricht deutsch.

Das internationale Arbeitsamt, das die Aufgabe haben sollte, die soziale Gesetzgebung auf internationaler Basis in Ordnung zu bringen, was nur bei völliger Gleichberechtigung der verschiedenen Arbeiterationen möglich ist, hat sich damit als würdiger Spröß des Völkerbundes bewiesen, der es ins Leben gerufen hat. Es stellt ebenso einseitig die Interessen und Gesinnungen der „Siegerstaaten“ in den Vordergrund und widersteht sich vernünftigen Anträgen, die das Ziel verfolgen, die Vereinheitlichung der großen Aufgaben des Amtes vorzuarbeiten.

Die Kündigungsfrist der Angestellten.

Eine Verordnung zum Schutze bei Massenentlassungen.

Prag, 23. Oktober. Der Ministerrat hat in den jüngsten Tagen eine Regierungsverordnung über die Kündigungsfrist der Arbeits-(Dienst-)Verhältnisse bei Massenentlassungen von Angestellten während der Wirtschaftskrise ausgearbeitet, die außerhalb des Arbeits-(Dienst-)Verhältnisses liegen, beschlossen. Die Bestimmungen dieser Verordnung beziehen sich auf Betriebe, die dem Gesetze über die Betriebs- und Revierräte

beim Bergbau und im Gesetze über die Betriebsausschüsse unterliegen. Die wichtigste Bestimmung dieser Verordnung ist die Vorschrift, welche unter bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen und soweit durch die Kollektiv-Verträge nichts anderes bestimmt ist, eine wenigstens einwöchige Kündigungsfrist festsetzt. Die Verordnung wird noch heute in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen veröffentlicht werden.

aus den Vertretern des Erhalterverbandes und Direktorenverbandes, hervor. Diesem Vollzugsausschuß oblag es, die Verhandlungen mit den Angestelltenorganisationen wegen Vereinbarung der neuen Kollektivverträge zu pflegen. Schließlich fand eine Einigung zwischen den beiden Interessentengruppen statt, auf welcher die nunmehr geltenden Kollektivverträge mit dem Solo- und Chorpersonale und mit dem Orchester aufgebaut sind. Die wirtschaftliche Lage der deutschen Theater in der Republik ist ausnahmslos eine ungünstige, manche darunter befinden sich in schwerster Not; einige mußten ihre Selbständigkeit überhaupt aufgeben und sich mit Gastspielen anderer Theater begnügen. An dieser traurigen Lage der deutschen Theater sind die übermäßigen Betriebskosten und die unangenehme Lage im allgemeinen schuld. Namentlich in den Subventionen, welche der Staat, durch die Wirtschaftskrise sehr. Mit dem Abbau der Eintrittspreise haben einzelne Theater wohl schon versuchsweise begonnen: eine allgemeine und durchgreifende Herabsetzung der Eintrittspreise wird aber erst möglich sein, bis die Betriebskosten eine entsprechende Verminderung erfahren haben. Der Bericht hebt auch die Zusammenarbeit des Verbandes mit dem Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper hervor, welcher wiederholt Gelegenheit hatte, sein Interesse für die deutschen Theater zu bekunden und der auch dankenswerte Anregungen zur Beilegung der Theaternot gab. Nach Genehmigung des Tätigkeitsberichts und Kassaberichts wurde der Vereinsvorstand gewählt, in welchem nahezu alle größeren Theater der Republik vertreten sind.

Handbemerkungen a la Wilhelm. Aus Zwickau wird gemeldet, daß das dortige Landgericht die Regierungsrat Dr. Henichen wegen Beleidigung des sächsischen Ministerpräsidenten und des sächsischen Landtages zu 80.000 Mark und

beim tschechischen Umzug wurde die Ruhe nirgends gestört.

Die Feste der Agrarier. Der agrarische „Rovn Cas“ verzeichnet in einer seiner letzten Nummern das Anwachsen der Maul- und Klauenseuche in vielen Landbezirken Böhmens und kommt zu der Schlußfolgerung, daß daran — die Sozialisten schuld seien, weil diese sich dagegen wehren, daß die Vieleinfuhr aus Jugoslawien verboten wird. Selbstverständlich ist es dem agrarischen Revue nicht nur darum zu tun, für ein Einfuhrverbot von Vieh Propaganda zu machen, da die Maul- und Klauenseuche kaum aus Jugoslawien in die Landbezirke, wohl aber aus den Gehirnen der agrarischen Führer in die agrarische Presse eingeschleppt wurde.

Weibliche Kandidaten für die englischen Wahlen. Bei den bevorstehenden englischen Wahlen scheint der Anteil des weiblichen Elementes auch auf den Kandidatenlisten beträchtlich größer werden zu sollen als dies bisher der Fall war. Die Zahl der Kandidatinnen, die sich den Wählern präsentieren, hat jetzt bereits 28 erreicht. Die meisten, nämlich elf, gehören den unabhängigen Liberalen an; es folgt die Arbeiterpartei mit sieben Kandidatinnen, dann die Koalitionsliberalen mit vier und die Unabhängigen mit drei Namen. Außerdem werden drei Frauen mit der Parteibezeichnung: Unionistisch, Konservativ-Unionistisch und Konservativ genannt.

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten in Deutschland. Der Ausschuß für Bevölkerungspolitik in Deutschland beschäftigte sich weiter mit dem Gesetzentwurf gegen die Geschlechtskrankheiten. Angenommen wurde § 5, der lautet: „Wer weiß, oder den Umständen nach annehmen muß, daß er an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Geschlechtskrankheit leidet und trotzdem eine Ehe eingeht, ohne dem anderen Teile vor Eingebung der Ehe über seine Krankheit Mitteilung gemacht zu haben, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.“

Ein Todesurteil in Eger. Aus Eger wird uns vom 23. d. telephoniert: Vor dem Schwurgerichte hatte sich heute der 33 Jahre alte Waisenbindergehilfe Alban Bergmann aus Asch zu verantworten, der am 26. Jänner 1920 gemeinsam mit dem Bahnangestellten Emil Waldheim aus Asch im Postwagen Asch-Eger den Postamtsdiener Schwabach ermordet hat, um sich in den Besitz der im Postwagen befindlichen Werte zu setzen. Während die Verhandlung gegen Waldheim bereits durchgeführt wurde — Waldheim wurde zum Tode verurteilt, welche Strafe in lebenslänglichen Kerker umgewandelt wurde — konnte die Verhandlung gegen Bergmann erst heute durchgeführt werden, weil er nach der Tat in das Ausland geflüchtet war und dort verhaftet wurde. Auf Grund des Wahrspruches der Geschworenen wurde Bergmann zum Tode durch den Strang verurteilt. Der Verurteilte nahm das Urteil gefaßt entgegen.

Das Hochschulwesen in der Tschechoslowakischen Republik im Sommersemester 1922. Im Sommersemester 1922 waren an den Hochschulen im ganzen 26.513 Hörer (24.433 Männer und 2080 Frauen) eingeschrieben; von diesen waren 23.841 ordentliche, 2390 außerordentliche Hörer und 142 Höfste, Hospitanten und Frequentanten. Von den Hörern waren 14.309 Hörer tschechoslowakischer, 5364 deutscher, 2769 russischer, ruthenischer oder ukrainischer, 1206 jüdischer, 1173 serbischer, kroatischer, slowenischer, 888 magyarischer und 634 sonstiger Nationalität. An den Konservatorien und Musikakademien waren 1090 Schüler eingeschrieben. An den übrigen Mittelschulen (vom Staate unterstellt) waren im ganzen 1748 Schüler (darunter 3105 Männer) eingeschrieben.

Ischisch-Kurse der Friedensgesellschaft „Cheliefy“. Die Einschreibung in die Kurse für tschechische Sprache, die von der Friedensgesellschaft „Cheliefy“ veranstaltet werden, findet am 27. d. M. um 1 Uhr abends im „Anlich-Haus“ bei Prof. Rukiska, Prag II, Karlsplatz 21, 3. Stock, statt.

Bestrafung eines langgejagten Verbrechers. Beim Besuch eines Tischstabs in Zwinnau bei Příbram wurde der 41jährige Verbrecher Karl Machulka, ein ausgeleierter Schloffer, der wegen verschiedener Einbrüche mehrmals vorbestraft ist, verhaftet. Er hatte eine Reisetasche mit dem Monogramm G. S., ein Bündel von zehn Sperrhaken, eine starke Schere, eine Wäse aus einem älteren gehäkelten Vorhang und einen scharf geladenen Revolver bei sich. Machulka hat seit hin sechs Jahre schwerer Kerker abgebußt. Zusammen mit Rudolf Stumpf, der vor einer Woche in einem Weinberger Nachtcafé verhaftet wurde, hat er vor einigen Jahren einen Juwelierladen in Příbram ausgeraubt. Der langgejagte Verbrecher Machulka wurde in das Bezirksgericht in Veroun in provisorische Haft gebracht.

Mysteriöses Verschwinden eines Mädchens. In Politik bei Dobruška war bei einem gewissen Norman ein ihm von dem „Gesetz Erbe“ anvertrautes 14jähriges Mädchen A. S. Da er in der letzten Zeit keine Nachricht gegeben hatte, fragten seine Eltern bei Norman an und erhielten die Antwort, es sei krank. Als das Kind auch in der Schule nicht erschien, kamen am 21. d. drei Gendarmen und verhafteten den Norman, weil er nicht angab, wo das Kind sei. Die Kleider des Mädchens wurden gefunden. Bei der Durchsuchung des Gebäudes kamen abends die Gendarmen in einen Keller, in welchem eine Magd eingekerkert war. Der Verhaftete gab auf keine Frage Antwort und die Gendarmen schändet deshalb nach dem Schicksal des verschwundenen Mädchens und nach der Ausklärung verschiedener verdächtiger Umstände.

wegen Beleidigung des sächsischen Kultusministers zu 100.000 Mark verurteilt hat. Dr. Henichen hat vor zwei Jahren in den Akten der Amtshauptmannschaft, an deren Spitze er stand, abfällige Randbemerkungen über die sozialistische Regierung gemacht; zum Beispiel: „Die Gesetzgeber sind verriekt“ oder „bewohnte Lumpen“. — Der Herr Amtshauptmann ist sichlich das Opfer der Manner seines erhabenen Eralters geworden. Denn er scheint sich allerhöchst dessen unvergeßliche Randbemerkungen zum Muster genommen zu haben.

Der Sonntag in Eger. Zur 600. Wiederkehr des Jahrestages der Verpfändung des Egerlandes an die Krone Böhmens fand am Sonntag vormittag im Stadthaus in Eger eine Versammlung von deutschbürgerlichen Vertretern der Gemeinden, Städte und Bezirke des Egerlandes statt, wobei eine an den Völkerbund gerichtete Denkschrift, in der die Wünsche und Forderungen des Egerlandes nach Zuerkennung der Selbstbestimmung zum Ausdruck gebracht werden, verlesen wurde. In der Denkschrift heißt es am Schluß: der Völkerbund wolle anerkennen, daß im Frieden von St. Germain über die Sonderrechte des Egerlandes nicht entschieden worden ist; er wolle dem Egerlande das volle freie Selbstbestimmungsrecht zuerkennen, da durch die Friedenskonferenz in St. Germain beabsichtigt war, die Grenzen des Landes Böhmen in historischem Umfang, in welchen das Egerland nicht fällt, festzusetzen. — Die „Narodni jednota für Nordböhmen“ hatte für Sonntag nach Eger gleichfalls eine Manifestationsversammlung einberufen. Die geplante Akademie im Egerer Schützenhause konnte nicht stattfinden, da unbekannte Täter in der Nacht zum Sonntag die meisten Fenster und Türen des Schützenhauseales entfernt hatten. Die deutsche Abwehrversammlung vor dem Schützenhause wurde verboten. Die Bevölkerung, die durch Fluggettel aufgefor-

organe, am Sonntag gegen das Prinzip des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes ein und tritt für eine innigere Verbindung mit dem Vatikan ein, und der Schriftsteller Tafel, die Schriftstellerin Wit-Ruzicka und die anderen berühmten nationaldemokratischen Deputierten laden zu ihrer gestrigen Protestversammlung, die gegen die deutsche Spionage gerichtet war, mit den Worten ein: Wir laden die ganze national denkende Bürgerschaft zu dieser Kundgebung ein, welche den Beginn zielbewusster Aktionen der national denkenden tschechoslowakischen Jugend bilden muß. Worin diese zielbewussten Aktionen der Nationaldemokraten bestehen, ist aus Episoden wie z. B. der des Landesvertrages faktisch bekannt.

Aber abgesehen davon verdient der Begriff „deutsche“ Spionage noch eine kleine Korrektur. Wenn man den Erfolg reflektiert, den die große, von den Behörden veranstaltete Razzia gegen die deutschen Spione gebracht hat, so ist festzustellen, daß außer dem verhafteten Durm kein deutscher Offizier festgenommen worden ist. Alle anderen, darunter der zuletzt erwähnte Oberleutnant Philipp, sind Tschechen. Das ist die eine Blamage. Die andere besteht darin, daß in einem Artikel der „Tribuna“ am Samstag ausdrücklich von einem Tschechen betont wird, „die Militärsionage ist eine äußerst wichtige Angelegenheit“. Als Beweis wird angeführt, daß „eine bessere Spionage Frankreich vor dem Kriege weit möglich gewesen wäre“. Damit müssen doch die tschechischen Nationaldemokraten restlos übereinstimmen, da ihnen die Arme, wie eben Dr. Aramarsch in seiner letzten Rede hervorhob, den „Lebensnerv“ der Nation bedeutet. So ist der doppelte Widerspruch aufgedeckt, der sich in der Wahl des Thomas „deutsche Spionage“ der Protestversammlung offenbart. Die Nationaldemokraten kämpfen, wie Don Luigote, gegen Windmühlen. Man kann ihnen deshalb nichts als größtes Bedauern über solche Verbohrtheit entgegenbringen.

Der Staatsvoranschlag. Ueber das Finanzgesetz, welches heute dem Parlamente vorgelegt wird, schreibt das „Leste Slovo“: Das Finanzgesetz schätzt die Staatsausgaben auf 19 Milliarden 377 Millionen Kronen, dagegen die Staatseinnahmen auf 18 Milliarden 812 Millionen Kronen, so daß ein Abgang von 565 Millionen entsteht. Daß dieser Abgang so klein ist, hat seinen Grund in der Verringerung der Ausgaben einzelner Ministerien gegenüber dem Vorjahre. So sind die Ausgaben des Außenministeriums um 99 Millionen, des Nationalverteidigungsministeriums um 362 Millionen, des Unterrichtsministeriums um 116 Millionen, des Eisenbahnministeriums um 500 Millionen, des Arbeitsministeriums um 68 Millionen herabgesetzt worden. Unter den staatlichen Ausgaben entfällt der größte Posten von vier Milliarden, das sind 22 Prozent oder beinahe ein Viertel aller Staatsausgaben, auf das Eisenbahnministerium. Dann figurieren in den Ausgaben das Nationalverteidigungsministerium mit 2775 Millionen, des Finanzministeriums mit 1856 Millionen, des Arbeitsministeriums mit 965 Millionen, des Postministeriums mit 880 Millionen. Die Ausgaben des Eisenbahnministeriums sind so groß wie die elf anderer Ministerien. Aber das Eisenbahnministerium ist nicht nur an der Spitze der staatlichen Ausgaben, sondern auch der staatlichen Einnahmen, wenn wir vom Finanzministerium absehen, in dessen Einnahmen selbstverständlich alle Steuern enthalten sind. Das Eisenbahnministerium hat die Einnahmen fürs künftige Jahr auf 4.951 Millionen präliminiert; wenn die Einnahmen der verstaatlichten Aufstiegs- und Abfahrtsbahnen mit eingerechnet würden, ergäbe sich eine Einnahmensumme von fünf Milliarden. Zum Finanz- und Eisenbahnministerium gesellt sich in der Größe der Einnahmen noch das Postministerium mit 1162 Millionen. — Das „Pravo Lidu“ veröffentlicht die Budgetziffern. (Die eingeklammerten Ziffern bedeuten das Esfordernis des Vorjahres.) Die Ausgabenposten betragen: Präsident der Republik 3.000.000 K., Kanzlei des Präsidenten der Republik 17.245.867 (29.454.333) K., Nationalversammlung 40.895.887 K., Oberster Gerichtshof 3.429.305 (3.058.408) K., Oberstes Rechnungsgesetz- und Kontrollamt 3.326.966 (2.946.864) K., Zuteilungen an Selbstverwaltungskörper 1.030.053.000 (1.204.229.000) K., Staatsauditor der Republik 2.790.225.194 (2.079.169.448) K., Pensions- und Versorgungsgegenstände 539.295.964 (525.843.000) Kronen, Ministerratpräsidium 516.471.270 (228.713.747) K., Außenministerium 215.162.194 (300.472.613) K., Nationalverteidigungsministerium 2.777.137.132 (3.108.846.222) K., Innenministerium 585.694.115 (557.483.520) Kronen, Unterrichtsministerium 858.895.196 (954.071.228) K., Finanzministerium 1.855.713.166 (1.721.947.359) K., Handelsministerium 51.913.064 (57.461.425) K., Postministerium 880.358.230 (871.654.970) Kronen, Eisenbahnministerium 4.206.037.040 (4.660.257.600) K., Landwirtschaftsministerium 773.459.306 (590.769.349) K., Justizministerium 302.544.288 (262.845.600) K., Arbeitsministerium 965.666.100 (1.028.309.869) K., Ministerium für soziale Fürsorge 735.831.461 (653.034.850) Kronen, Ernährungsministerium 17.135.302 (29.305.069) K., Gesundheitsministerium 205.545.592 (149.672.097) K., Unifikationsministerium 2.016.344 (2.283.548) K. Die Gesamtausgaben betragen demnach 19.377.880.639 Kronen; davon entfallen 7.666.934.286 Kronen oder 39,5 Prozent auf den Personalaufwand. Wir werden auf das Budget noch ausführlich zurückkommen.

Eine außenpolitische Blamage der Tschechoslowakei.

Wie die tschechoslowakische Völkerbundliga mit der Union der Völkerbundligen verkehrt.

Budapest, 21. Oktober (MAB.) Im Verlaufe der heutigen Sitzung der Union der Völkerbundligen brachte Generalsekretär Ruyfen die (von uns ausgiebig wiedergegebene) Zuschrift der tschechoslowakischen Völkerbundliga zur Verlesung, die im warmen Tone eine Abänderung der in München gefassten Beschlüsse betreffend die Minderheiten fordert. Der italienische Delegierte Facchinetti weist mit Entzückung den Ton der Zuschrift zurück, der mit dem moralischen Gewissen der Union und der Personen des Präsidenten und des Sekretärs unvereinbar sei. Die Tschechen mögen kategorisch aufgefördert werden, ihre Zuschrift sofort zurückzuziehen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie aus der Union austreten sollten. Präsident Ruffini sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Führer der tschechoslowakischen Völkerbundliga Ausdrücke gebraucht hätten, über deren Tragweite sie sich nicht im Klaren gewesen sein dürften. Der französische Delegierte Hennessey beantragte, die Angelegenheit der nächsten Generalversammlung zu unterbreiten. Der englische Delegierte Dickinson forderte, daß man von den Tschechen eine Erklärung über das Schreiben verlange.

Der französische Delegierte Prudhommeaux meinte, Ruffini und Ruyfen möge sich nach Prag begeben, um mit den Abnehmern persönlich zu verhandeln, was Ruffini zurückwies. Der französische Delegierte Aulard wies darauf hin, daß seinerzeit der Vertreter der tschechoslowakischen Völkerbundliga Senator Brabec den beanstandeten Beschlüssen beigezeichnet habe und nun nachträglich desavouiert worden sei. Er beantragt, dem Präsidenten das Vertrauen auszusprechen und über diese Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen; nur auf diese Weise könne der peinliche Zwischenfall beigelegt und dem Ausscheiden der Kleinen Entente aus der Union vorgebeugt werden. Der Generalsekretär schloß sich diesem Antrage an.

Budapest, 23. Oktober. (MAB.) Die Sonntag abgehaltene Schlußsitzung des Generalkongresses der Union der Völkerbundligen bezeichnete die tschechoslowakische Delegation gegen die Leitung der Union vorgebrachten Beschuldigungen als ungerechtfertigt und sprach dem Präsidenten sein volles Vertrauen aus. Das Präsidium wurde gleichzeitig beauftragt, wegen einer angemessenen Nichtigstellung mit der tschechoslowakischen Liga gründliche Verhandlungen zu pflegen. Schließlich wurde die Versicherung der tschechoslowakischen Liga, daß sie bereit sei, auch weiterhin an den Arbeiten der Union teilzunehmen mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Die nächste Tagung der Union wird in Wien im Juni des nächsten Jahres abgehalten werden.

Wie weit eine Politik kommt, die sich von blindem Deutscheninnigkeit leiten läßt, und welches Ansehen sich die Tschechoslowakei im Auslande dadurch schafft, lehrt die obige Meldung. Die tschechoslowakische Delegation der Völkerbundliga beziehungsweise ihre tschechischen Mitglieder haben, geführt von dem bekannten Chauvinisten und Reaktionsär Senator Marek, in ihrem Brief von „Elementen“ gesprochen, welche „unter dem Deckmantel einer Revision der Friedensverträge auf die Erschütterung der festen Grundlagen des neuen Europa hinarbeiten“ und hatte ihren Zweifel an der „Unparteilichkeit und Aufrichtigkeit der führenden Personen“ Ausdruck gegeben. Es ist kein Wunder, wenn diese im internationalen Verkehr ganz unqualifizierbare Ausdrucksweise, die alle Formen des Anstandes vermissen läßt, unter den Delegierten der Union der Völkerbundligen die größte Erregung hervorgerufen hat. Selbst die alliierten Freunde der Tschechen, Italiener, Engländer und sogar Franzosen haben ihrer Mißbilligung lauten Ausdruck gegeben. In Budapest sprach man von dem „schamlosen Ton des Briefes“ und daß „die rohen und gemeinen Ausdrücke des Schreibens die elementarsten Gebote der Höflichkeit“ verletzen, welche letztere scharfe Kritik das tschechoslowakische Presbüro in seinem Bericht wohlweislich verschweigt. Selbst der „Cas“ verurteilt das Vorgehen seiner Landsleute:

In Prag hat seinerzeit die tschechische Liga den Kongress verlassen, als nicht alles nach ihrem Willen ging und hat sich nun mit einem famosen Protest an das Generalsekretariat gewendet. Anstatt nach Budapest zu gehen und durch eine gute allgemeine Vorbereitung und durch würdiges Auftreten die Sympathien für die Republik wieder zu gewinnen und das wieder auszumachen, was sie in Prag verlohren hat, hat die tschechische Delegation ein Memorandum abgefaßt, in welchem sie die Leitung der Union der Unparteilichkeit und Unaufrichtigkeit beschuldigt und in leichtsinniger Weise, ja sogar böswillig, von „Elementen“ spricht, welche sich in die Union einschleichen hätten, um unter dem Deckmantel einer Revision der Friedensverträge, die Grundlagen des neuen Europas zu erschüttern. Es versteht sich von selbst, daß die Taktik der Positivität und der Negation, zu der sich noch Mangel an Höflichkeit, Takt und Form zugesellt, geneigt ist, die Tschechoslowakei aller Sympathien zu berauben und sie in das ungünstige Licht zu stellen, das hier die Minderheiten bedrückt werden.

Herr Benesch wird sich freilich der Mitverantwortung für das, was der Senator Marek getan hat, nicht entziehen, denn das Vorgehen der Tschechen ist ein natürlicher Ausfluß des nationalen Chauvinismus, der der Zubalt ihrer Politik im Inland und Ausland ist und gegen die der Herr Benesch ebenso wenig getan hat, wie alle anderen regierenden Staatsmänner, die die Tschechoslowakei seit ihrem Bestand gehabt hat.

Ausland.

Faschistenzug auf Rom?
Die „Nat. List“ melden aus Rom: „Montag wird in Neapel“ in Gegenwart des Führers Mussolini eine Heerschau von 35.000 Faschisten stattfinden, an der sich das Infanterie- und Kavallerieregiment und die Flieger der Faschisten beteiligen. Die Stadt Neapel wird gleichzeitig der Schauplatz großer nationalfaschistischer Demonstrationen sein, denn es wird der Generalkongress der Faschisten eröffnet werden, der schon zu Beginn dieses Monats stattfinden sollte und der nun doch abgehalten wird. Die italienische Regierung hat angeordnet, in Neapel 30.000 königliche Soldaten und Gendarmen zu konzentrieren. Die Faschisten erklären aber, selbst für die öffentliche Ordnung sorgen zu wollen. Das Militär wird in Neapel zur Beruhigung der Bevölkerung und auf den Druck der Sozialisten konzentriert, die in ihren Blättern erklären, daß die Faschisten nach der Heerschau ihrer Kräfte den Marsch nach Rom beginnen und daß sie unterwegs neue Freiwillige sammeln werden, so wie einst Garibaldi. Die Faschisten haben schon oft mit dem Marsch nach Rom gedroht. Vielleicht werden sie diesmal ihre Drohung nicht ausführen, da die Regierung Italiens mit der Bekämpfung des überhandnehmenden Faschismus Ernst machen will.

Telegramme.

Am 13. November Orientkonferenz.
Teilnahme Rußlands an der Meerengenkonferenz.
Berlin, 21. Oktober. (Havas.) Zwischen London, Paris und Rom wurde ein nahezu vollständiges Einvernehmen dahin erzielt, daß die Orientkonferenz für den 13. November nach Lausanne einberufen wird. Die Meerengenfrage wird separat erörtert werden. Zu diesem Teile der Konferenz werden außer Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland und

Verbandstag des deutschen Bauarbeiter-Verbandes.

Bodenbach, den 22. Oktober 1922.

Der zweite Verbandstag des deutschen Bauarbeiter-Verbandes wurde heute hier in der Volkshalle eröffnet. Nachdem von den Arbeitergesangsvereinen Bodenbach und Illgersdorf ein Gesangstück vorgetragen worden war, eröffnete der Verbandsvorstand Abgeordneter Genosse Hausmann die Tagung, in der er auf die Bedeutung der Beschlüsse hinwies, die dieser Verbandstag zu fassen haben wird. Von ausländischen Gästen waren als Vertreter des deutschen Bauarbeiter-Verbandes in Deutschland und als Vertreter der Bauarbeiter-Internationale Genosse Paepflow und Genosse Sinow vom holländischen Bauarbeiter-Verband erschienen, welche der Tagung die herzlichsten Grüße überbrachten. Für die Ortsgruppe Bodenbach begrüßte Genosse Köhler die Tagung, für die Zentral-Gewerkschaftskommission, Zentralsekretär Genosse Macoun, für die Kreisgewerkschaftskommission Bodenbach Genosse Schiller, außerdem sind eine Reihe von Begrüßungsschreiben von ausländischen Organisationen eingelangt.

Vor Eingang in die Tagesordnung richtete Delegierter Gaps (Reichenberg) an den Vorstand die Anfrage, warum kein Vertreter des tschechischen Bauarbeiter-Verbandes anwesend sei. Vorsitzender Hausmann erwiderte, daß der Verbandsvorstand aus nahe liegenden Gründen von einer Einladung Abstand genommen hat. In der letzten Vorstandssitzung ist ein dahingehender Antrag mit Stimmengleichheit abgelehnt worden. Ueber diese Mitteilung entspann sich eine kurze Debatte. Die Delegierten Großmann-Bodenbach, Breuer-Reichenberg und Krüttner-Rarlsbad sowie Sitte-Reichenberg traten für die Einladung eines Vertreters des tschechischen Bauarbeiter-Verbandes ein. Es wurde ein Antrag überreicht, den Verband nachträglich telegraphisch einzuladen. Die erforderlichen 20 Unterstufungen wurden durch Juriste nachgeholt. Bei der Abstimmung wurde der Antrag, nachdem sich der Obmann Hausmann dagegen ausgesprochen hatte, abgelehnt.

Hierauf wurde der Bericht des Vorstandes in Verhandlung gezogen. Als erster Berichterstatter sprach der Obmann Abgeordneter Genosse Hausmann. Er wies darauf hin, daß die denkenden Arbeiter es schon längst als eine Phrase erkannt hätten, daß man die heutige Produktionsweise mit einem Ruck aus den Angeln heben und die Einführung des sozialistischen Zukunftsstaates in einer Versammlung oder Sitzung beschließen könnte. Genosse Hausmann besprach dann den unerträglichen Zustand in der Arbeitslosenunterstützung und erklärte, daß es in ganz Europa keinen Staat gäbe, der die Arbeitslosenunterstützung so geregelt hätte, wie es in der tschechoslowakischen Republik der Fall sei. Er schilderte die Bemühungen des Verbandes, für die arbeitslosen Bauarbeiter ebenfalls die Unterstützung zu erwirken, kam dann auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die der Einführung des Genter Systems entgegenstehen und betonte nochmals die Haltung der dem deutschen Gewerkschaftsbunde angehörenden Organisationen zu diesem Geseß. In treffenden Worten beleuchtete er die merkwürdige Haltung des Prager tschechischen Bauarbeiter-Verbandes, der das Genter System einmal als ein modernes Geseß erklärt und in einem späteren Artikel der ganz entgegengelegten Auffassung Raum gegeben hatte.

Gegenüber denjenigen Mitgliedern, welche die Arbeit des Vorstandes in den letzten Jahren abfällig kritisierten, verwies Redner auf den vorliegenden Geschäftsbericht, aus welchem hervorgeht, welche schwierige und mühevolle Arbeit der Vorstand im Interesse der Mitgliedschaft während seiner Funktionsperiode geleistet hat. Er kam sodann auf den Ausschluß einzelner kommunistischer Mitglieder zu sprechen und erklärte dezidiert, daß der Ausschluß nicht deswegen erfolgt ist, weil die Betroffenen politisch anders orientiert waren, sondern wegen Handlungen, welche auch ein kommunistisch organisierter Verband nicht hätte gutheißen können. Die Ausschlußschloffen haben das Regulative des Verbandes verkehrt, wollten sich ihm nicht unterwerfen und da sie damals nicht die logische Folgerung des freiwilligen Austrittes ziehen wollten, war die Exekutive zur Ausschließung derselben gezwungen. Daß der deutsche Bauarbeiter-Verband durchaus nicht die Absicht hat, jemanden zu einer anderen politischen Ueberzeugung zu zwingen, ist am besten daraus zu ersehen, daß er vier kommunistische Angestellte beschäftigt, von denen zwei direkt in der Zentrale sitzen. Etwas derartiges wäre bei einer kommunistisch orientierten Organisation ganz ausgeschlossen. Der Verband konnte es aber pflichtgemäß nicht dulden, daß die kommunistisch orientierten Mitglieder das Regulative mit Füßen traten und einflussreiche Mitgliederbeiträge nicht dort abführten, wo sie hingehörten. Formell wären vielleicht gegen den Ausschluß Bedenken möglich aber außergewöhnliche Zeiten erfordern auch außergewöhnliche Maßnahmen und dieser Grundsatz ist gerade seitens der Kommunisten stets betont und auch befolgt worden.

Daher kann der Vorstand die getroffenen Maßnahmen mit ruhigem Gewissen und mit der Ueberzeugung, im Interesse des Verbandes gehandelt zu haben, der Beurteilung des Forums des Verbandstages unterbreiten. Die kommunistisch orientierten Vorstandsmitglieder befinden sich zweifellos in einem schweren Gewissenkonflikt zwischen ihren Pflichten als Vorstandsmitglieder und den Pflichten, die ihnen das kommunistische Programm auferlegt. Denn nach den kommunistischen Prinzipien müßten sie gegen die Gewerkschaften alle Mittel anwenden,

der Türkei auch Rußland, Grusinien, die Ukraine und Bulgarien geladen werden.

London, 23. Oktober. (Havas.) Dem „Observer“ zufolge hat Lord Curzon an Poincare eine Note gerichtet, in welcher er ersucht, die ursprüngliche für den 13. November anberaumte Orientkonferenz zu verschieben, da dieser Tag in den Beginn der englischen Wahlbewegung fällt.

Demission des Kabinettes Basic.

Belgrad, 22. Oktober. (Tsch. B.) Gemäß einem zwischen den Radikalen und den Demokraten getroffenen Uebereinkommen wird das Kabinett Basic anfangs November demissionieren.

Mißglückte Arbeitslosendemonstration in Wien.

Wien, 23. Oktober. (Eigenbericht.) Eine Gruppe Arbeitsloser aus Fünfhaus wollte heute eine Kundgebung vor dem Parlamente veranstalten. Obwohl nicht viele Arbeitslose erschienen waren, beabsichtigten sie dennoch, zum Parlamente zu ziehen. Als sie von den sozialdemokratischen Abgeordneten darauf aufmerksam gemacht wurden, daß diese wilde und unorganisierte Kundgebung keinen Zweck habe, zerstreuten sie sich.

Austritt aus der französischen Kommunistenpartei.

Paris, 23. Oktober. (Havas.) Einige kommunistische Gemeindevorsteher in der Umgebung von Paris hielten gestern eine Sitzung ab, in welcher beschlossen wurde, aus der Moskauer kommunistischen Partei auszutreten infolge der unannehmbaren Forderungen des Moskauer Vollzugsausschusses, welche beim letzten kommunistischen Kongress in Paris erhoben wurden.

Kleine Chronik.

Riesenbrandkatastrophe in New-York.

Wie aus New York gemeldet wird, brach am Sonntag vormittags in einem fünfstöckigen Hause an der Ecke der Lexington-Avenue und der 110. Straße in New York ein Feuer aus. Fünfzehn Personen, acht Frauen, vier Kinder und drei Männer, fanden den Tod in den Flammen. Das Feuer war von einem Selbstgestörten gelegt worden, der einen Kinderwagen am Eingang des Hauses anzündete. Sämtliche Insassen des Gebäudes schliefen noch, als das Feuer ausbrach. Das ganze Treppenhause stand zuerst in Flammen, so daß die Insassen über die Dächer und durch die Fenster gerettet werden mußten.

Großer Bilderdiebstahl in Berlin. Einem amerikanischen Antiquitäten- und Bilderhändler, der kostbare Bilder, Antiquitäten, Schmuckgegenstände usw. in Deutschland aufgekauft hat, wurden am Sonntag in seinem Hotelzimmer in Berlin zwölf der wertvollsten Bilder, meist Werke von Meistern aus dem 16. und 17. Jahrhundert, gestohlen. Die entwendeten Bilder haben einen Wert von über dreißig Millionen Mark.

Durch Getreidegase geädert. Durch Gase, die in einer tiefen Grube aufbewahrtes Getreide beim Faulen gebildet hatte, wurden in Santa Caterina bei Arezzo die Bauern Angelo, Daniele und Eugenio Faltoni betäubt. Eugenio wollte das Getreide aus der Grube herauswerfen, als er unter der Einwirkung der Kohlenäure bewußlos zusammensank. Die anderen sprangen ihm nach, um ihm Hilfe zu leisten, wurden aber gleichfalls umsohl. Herzu-eilende Personen brachten alle drei in Sicherheit, doch starb der zuerst Ertrunkene wenige Stunden später.

Römische Funde bei Innsbruck. Bei Ausgrabungen des Grundes für Neubauten auf dem Frauena-nger nördlich des Süßes Willen ist man auf römische Grundmauern in drei Meter Stärke gestoßen, die als ein Rest der alten bisher noch nicht aufgefundenen Burg Castra Veldidena der Römer angesehen werden. Es wurden auch eine bronzenne Münze mit dem Bild und der Inschrift Hadrians und andere Altertümer gefunden.

Gerichtssaal.

Ein reuiger Sohn.

Prag, 23. Oktober. Bei einer Verhandlung vor einem hiesigen Straßengericht entrollte sich vor den Zuhörern ein Familienbild, wie man es sich grauenhafter nicht vorstellen kann. In einem kleinen Dorfe lebte eine Kleinbauernfamilie. Der Sohn der Familie lebte mit der Mutter in ununterbrochenem Streite. Bald gab's dies, bald jenes, so daß in dem Hause der um ihre Existenz so schwer ringenden Kleinbauernfamilie niemals Ruhe und Friede einzeln kommen konnte. Die Mutter trug schwer an diesem Unfrieden. Denn alle Ermahnungen, den Sohn auf bessere Wege zu bringen, scheiterten an seinem Troze, der noch von „guten“ Freunden und Freundinnen bestärkt wurde. So standen bald in der kleinen, ärmlichen Hütte Mutter und Sohn als unveröhnliche Feinde einander gegenüber. Der Unfrieden hatte sich bereits derart eingebürgert, daß man einen Streit suchte, wenn sich die Gelegenheit dazu nicht von selbst ergab.

An einem schwülen Sommertage, Ende Juli, ging in der Wohnung der Familie Hanke — so hieß die Kleinbauernfamilie — wieder einmal alles drunter und drüber. Die Nachbarn freuten geängstigt die Köpfe zusammen, denn an diesem Tage erscholl das Gejohle ärger und wilder denn je. Plötzlich ertönte aus der halbdunklen Stube ein Schrei; im nächsten Augenblick stürzte der Sohn aus dem Hause und lief

die Dorfstraße hinab. Von allen Seiten eilten die Nachbarn in das Haus, aus dem das Wimmern der Frau Hanke scholl und fanden die alte Frau mit einer Stichwunde in der rechten Seite am Boden liegend: das Messer, mit dem sie der Sohn getroffen hatte, lag unterm Tisch. Noch in derselben Nacht wurde Franz Hanke von Gendarmen aufgestöbert und dem Gerichte eingeliefert.

Gestern drängte sich halb Dösch in den Saal, um den Janus auf der Anklagebank zu sehen. Der junge Mann, dessen Züge nicht mehr so wild aussahen, da in seinem Innern der Kampf zwischen der Liebe zu seiner Mutter und seinem zügellosen — und wie er sich eingebildet hatte — berechtigten Hass endlich zugunsten der ersteren ausgesprochen zu sein scheint, sprang auf, als seine Mutter in den Saal eintrat, stürzte auf sie zu, ergriff ihre Hände und flehte mit erschütternder Stimme: „Mutterchen, verzeih' mir!“ Und weinend umarmte das alte Mutterchen ihren Sohn, den erst eine grauenhafte Tat zu einem besseren Menschen machen konnte. — Die Verhandlung war dann bald zu Ende. Der Sohn versicherte sich, der Mutter 100 K Schmerzensgeld zu zahlen, worauf sie die Klage gegen ihn zurückzog. Der Gerichtshof gab ihrem Wunsche nach Zurückziehung der Anklage Folge.

Zum Tode verurteilt.

(Prüger Schwurgericht.)

Der Gärtner Gustav Schmiedl aus Bezdel, der die Frau und Tochter des Friedhofgärtners Kober in Szasz durch vergiftete Creme-Schnitten ermordet hatte, wurde auf Grund des Wahrspruches der Geschworenen zum Tode durch den Strang verurteilt. Schmiedl nahm das Todesurteil ohne jegliches Zeichen der Erregung entgegen.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Vor dem Streik im Falkenauer Revier.

Karlsbad, 23. Oktober. (Eigenbericht.) Samstag, den 21. Oktober, wurden Lohnverhandlungen geführt, an denen Genosse Abgeordneter Pohl und Peterik, als Vertreter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, Sektionschef Fischer teilnahmen. Die Vertreter der Arbeiter stellten die Frage der Arbeitszeit in den Vordergrund, da erst nach Einigung über die Arbeitszeit die Frage der Lohn- und Gehaltsfrage diskutiert sei. Nach längerer Unterhandlung kam eine Einigung in der Frage zustande, daß die Arbeitszeit in der Grube für alle Arbeiter die alte bleibe, daß die Schichtzeit und die Berechnung der Schichtzeit für die Grubenarbeiter nach der alten Vereinbarung bestehen bleiben. Für die Obergrubenarbeiter gilt mit Ausnahme der Samstag ebenfalls die alte Arbeitszeit. Wird an Samstagen nur sechs Stunden gearbeitet, so werden auch nur sechs Stunden bezahlt. Ein Zwang zu einer achtstündigen Arbeitszeit wird nicht ausgeübt.

Ueber die Lohnfrage konnte keine Einigung erzielt werden. Die Unternehmer beharren auf ihrem Vorschlag, die Löhne der Affordarbeiter um 30 Prozent, die Löhne der Regioarbeiter um 35 Prozent zu kürzen. Die Arbeitervertreter erklärten, daß ihre Vollmacht nur dahin gehe, einem Lohnabbau nur insoweit zuzustimmen, als er einem Preisabbau nach den Erhebungen des Revierrates entspricht.

In einer Sonntag, den 22. Oktober, in Falkenau abgehaltenen, von 120 Betriebsräten besuchten Konferenz, wurde die von den Vertretern der Arbeiter bei den Verhandlungen eingenommene Haltung einstimmig gutgeheißen. Nach einem Referat des Obmannen Pohl, der der Konferenz den Ernst der Lage vor Augen hielt, aber auch auf die Unmöglichkeit verwies, das Diktat der Grubenherrn anzunehmen, wurde ein-

stimmig eine Resolution beschlossen, in der es heißt: Die Konferenz erklärt, daß sie das Ergebnis der Verhandlungen vom 21. Oktober akzeptiert. In Bezug auf die Löhne kann die künftige Vereinbarung nur auf Grundlage der von den Arbeitervertretern gemachten Vorschläge erfolgen. Dieser Vorschlag, die Löhne nur in dem Maße herabzusetzen, als die objektive Feststellung über die herabgesetzte Preisbildung entspricht, bildet die höchste Grundlage der Zugeständnisse, und zwar 23,46 Prozent; und deckt sich mit den Beschlüssen der letzten Reichstagskonferenz. Sollten aber die Unternehmer auf ihrem Standpunkt beharren und ihre am 14. Oktober angeschlagenen herabgesetzten Löhne und Gehaltsätze zur Auszahlung bringen, so erklärt die Konferenz, den Bergarbeitern zu empfehlen, diese Maßnahme mit der Arbeitsniederlegung zu beantworten.

Die Arbeiter des Falkenauer Revieres, die durchschnittlich nur drei Tage in der Woche arbeiten können, haben gezeigt, daß sie den Willen haben, eine friedliche Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Von den Unternehmern und der Regierung wird es dann abhängen, ob die Bergarbeiter in den Streik getrieben werden.

Ein Vertrag Sowjetrußlands mit einer deutschen Industrie-gruppe.

Wie die Telegraphenagentur meldet, ist durch ein von Lenin unterzeichnetes Dekret des Rates, ein Vertrag mit dem deutschen Konsortium Otto Wolff, das einige große deutsche Industrie-werke, darunter Rhöniz, Rheinstahl und andere, vereinigt, bestätigt worden. Nach dem Vertrage wird eine russisch-deutsche Handelsaktiengesellschaft mit einem Kapital von 300.000 Goldrubel gegründet, welche die Handelskonzeption zum Import und Export erhält. Das Konsortium gewährt der neuen Gesellschaft einen Warenkredit von 7,5 Millionen Goldrubel, der Regierung außerdem 5 Millionen. Die Gesellschaft wird der Kontrolle des Außenhandelskommissariates unterstellt. Die russische Regierung und das Konsortium würden ihre Vertreter in der Direktion der Gesellschaft haben.

Abjluß der Lohnabbaubewegung in der Metallindustrie Nordwestböhmens.

Teplitz, 23. Oktober. (Eigenbericht.) Nach dreitägigen immer wieder unterbrochenen Verhandlungen zwischen dem internationalen Metallarbeiterverband und dem Verband der Metallindustriellen gelang es in dieser Streitsache, welche durch den Versuch der Unternehmer, die Löhne durch ein einseitiges Diktat am 1. Oktober um 30 Prozent zu reduzieren, entstanden war, am 21. Oktober eine Einigung herbeizuführen. Nur machte es der Metallarbeiterverband von der Zustimmung der Vertrauensmänner, die Industriellen von der Zustimmung der Plenarversammlung abhängig. Es wurde folgendes vereinbart: Die vor dem 14. Mai bestandenen Stundenlöhne werden um 20 Prozent gekürzt. Ab 15. November um weitere 10 Prozent, sodas die Reduktion inklusive jener vom 14. Mai 30 Prozent beträgt. Die nach dem 14. Mai bestehenden Affordlöhne werden ohne Rücksicht darauf, ob sie schon gekürzt wurden oder nicht, um jenen Prozentsatz gekürzt, welchen jeh beziehungsweise am 15. November die Stundenlöhne erfahren. Die Reduktion tritt bei der nächsten Lohnzahlung in Kraft. Jene Firmen, welche ihren Arbeitern Lohnvorschüsse auf bereits erfolgte Reduktionen gemacht haben, streichen diese Vorschüsse zur Gänge. Jene Firmen, welche diese Vorschüsse schon wieder abgezogen haben, zahlen diese retour. Bei jenen Firmen, welche die 30 Prozent schon abgezogen haben, erfolgt keine Rückzahlung von der Firma, doch vermindert sich von

nun ab bis 15. November der Abzug auf 20 Prozent. Die Unternehmerorganisation verpflichtete sich, auf ihre Mitglieder einzuwirken, daß sie bei jenen Arbeitern, welche verkürzt arbeiten, 10 Prozent der staatlichen Arbeitslosenversicherung beitragen, wenn der Staat 90 Prozent derselben refundiert. Der Rahmenvertrag wird bis 30. November l. J. verlängert. Diese Vereinbarung selbst gilt bis 31. Dezember und gelten bis dahin die vereinbarten Löhne.

Am Sonntag, den 22. Oktober, nahm eine Konferenz der Vertrauensmänner der Metallbetriebe des Vertragsgebietes in Teplitz hierzu Stellung. Nach einer ausführlichen Aussprache wurde denn beschlossen, die Vereinbarung anzunehmen.

Der Streik der Klinger-Arbeiter beendet.

Nach 31 Wochen in der Streik von 600 Textilarbeitern der Firma Klinger in Krághy beendet worden. Die Ursache des Streikes war eine vom Unternehmer diktierte Arbeitsordnung. Der Streikaußschuß, der durchwegs aus Kommunisten besteht, hat nun die zuständige Behörde um Einleitung der Verhandlungen zwecks Wiederaufnahme der Arbeit und Aufnahme der gesamten Arbeiterschaft ersucht. Gleichzeitig erklärt der Streikaußschuß den Streik mit dem 21. Oktober für beendet.

Generalversammlung des Konsumvereines Alt-Moskau. Sonntag, den 15. Oktober, tagte die ganzjährige Generalversammlung des Konsum- und Sparvereines in Altmoskau, die von 153 Delegierten besucht war. Den Vorstandsbericht erstattete der Obmann Genosse Lorenz. Ueber die Ergebnisse des letzten Geschäftsjahres haben wir anlässlich des Erscheinens des Geschäftsberichtes bereits geschrieben. Genosse Lorenz gab bekannt, daß die Errichtung des genossenschaftlichen Warenhauses in Karlsbad seiner Verwirklichung entgegengehe und wahrscheinlich Mitte November eröffnet werden wird. Mit dem Bau des Zentralmagazins in Pilschorn gemeinsam mit der Großeinkaufsgesellschaft wird erst im nächsten Frühjahr begonnen werden, da sich voraussichtlich die Baumaterialien verbilligen dürften. Ueber die Leistungsfähigkeit der Genossenschaft im Verhältnis zu den Privatkäufern, über die Genosse Lorenz sprach, berichten wir an anderer Stelle. Der Konsumverein hat in allen Er-schaften den Preisabbau durchgeführt und zur Verbilligung der Preise namhaft beigetragen. Genosse Lorenz appellierte zum Schluß seines ausführlichen Berichtes an alle Funktionäre und Angestellte zur rastlosen Mitarbeit. Nach einer lebhaften Debatte wurde der Bericht des Vorstandes einstimmig zur Kenntnis genommen.

Regelung der Kohlen- und Kokspreise für das Ostrau-Karwiner Revier. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten teilt mit: In Anbetracht der Regelung der Lohnverhältnisse im Ostrau-Karwiner Revier und infolge der Notwendigkeit durch die Verbilligung der Kohlenpreise die der wirtschaftlichen Situation anzupassen, werden die bisherigen Kohlen- und Kokspreise der Gruben im Ostrau-Karwiner Steinkohlenrevier folgendermaßen herabgesetzt: Stüd- und Würfelkoks 20 K, Rußkoks K 18,85, Grieskoks K 17,80, Kleinkoks K 17,50, Staubkoks K 16,25. Alles pro Meterzentner und für ungewaschene Kohle berechnet. Gewaschene Kohle kostet in Würfel 21,85, Rußkoks 21,70, Grieskoks 21,60, Schmelzkoks 23 K. Die Preise für Koks stellen sich folgendermaßen: Grieskoks 30 K, Stüd-koks 29 K, Würfelkoks 30 K, Rußkoks 40 K, Staubkoks 12 K. Alle diese Preise sind pro Meterzentner ohne Kohlenabgabe und sonstige Zufälle berechnet.

Die Ausgestaltung des deutsch-russischen Wirtschaftsverkehrs. Ein hoher Beamter des rätur-fischen Außenhandelskommissariats, Kauf-

Copyright 1922 by Der Volk-Verlag, Berlin-Holtensee.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair.

Autor, Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

1.

Das seltsame Abenteuer begann damit, daß ich mich aufmachte, um einen in Deutschland hergestellten Film anzusehen. Zeit Beendigung des Krieges waren drei Jahre verflossen und man hätte glauben dürfen, die Einwohner von Western City hätten sich bereits vor ihrer Kriegspolizei erholt. Auscheinend jedoch war dies keineswegs der Fall, denn vor dem Kino drängte sich der Mob, um die Leute am Eintritt zu hindern. Vor allem anderen aber muß ich noch Dr. Karl Henner vorstellen, den bekannten Kritiker aus Berlin, der sich damals in Western City aufhielt. Dr. Henner hatte mich veranlaßt, den Film zu besuchen, und wenn ihr euch einen Augenblick gedulden wollt, so werdet ihr sehen, wie die Gedanken, auf die er mich brachte, zum Ausgangspunkt meines höchst seltsamen Abenteuers wurden.

Vielleicht wißt ihr nichts von diesen hochgebildeten Ausländern. Ihre Manieren gleichen dem feinsten Sammet, spricht man mit ihnen, so ist einem zumute wie einer Stabe, die geistreich wird. Sie haben alle Bücher der Welt gelesen, sprechen mit gelassener Sicherheit und sind alt, uralt, denn in ihren Seelen ist die Erinnerung an die Leiden von Generationen aufbewahrt. Ich, ein Mitglied der besten Klubs in Western City und der vornehmsten Studentenverbindung des Landes, fühlte plötzlich nicht den leisesten Wunsch, zu erwähnen, daß ich mitgeholfen habe,

den Sieg bei den Argononen zu erringen. Der Ausländer fragte mich, wie ich zum Kriege stünde, und ich erwiderte, er sei beendet, ich empfinde keine feindseligen Gefühle mehr, freue mich aber selbstverständlich darüber, daß der preussische Militarismus vernichtet sei. Er erwiderte: „Eine schmerzhafteste Operation; wir hoffen alle, daß der Patient sie überlebe und auch, daß der Chirurg sich nicht selbst angestreckt habe.“ Er sagte dies ganz ruhig.

Natürlich fragte ich Dr. Henner, was er von Amerika halte. Er meinte, es sei uns gelungen, die materiellen Mittel der Zivilisation tonnenweise zu erzeugen, während andere Nationen dies bloß pfundweise täten. „An Ihrem Maßstabe gemessen, sind wir intellektuellen Europas immer arm gewesen. Wir erhalten mit wenig Nahrung viele Ideen am Leben. Sie aber besitzen eine unbegrenzte Menge an Nahrung, und — wir suchen eben nach Ideen, glauben, sie müßten, der Analogie nach, existieren.“

„Und finden sie nicht?“ lachte ich. „Ich kam her, um sie zu finden.“ Während unserer Gespräche schlenderten wir den Broadway von Western City entlang; es war ein heller Herbstnachmittag im Jahre 1921. Wir redeten über den Film, den mir Dr. Henner anzusehen geraten hatte; er war „Das Kabinett des Dr. Caligari“ betitelt, eine futuristische Produktion, eine merkwürdige, schier unheimliche Kinopantomie, die den Alpdruck eines Wahnsinnigen darstellte. „Da Sie Amerikaner sind,“ sagte Dr. Henner, „werden Sie sich fragen, was der Ruhm eines solchen Films sei? Denn Sie werden glauben, jedes Kunstwerk müsse einen ethischen Zweck verfolgen.“ Nach einer kleinen Pause fügte er hinzu: „Dieser Film hätte unmöglich in Amerika hergestellt werden können, schon deshalb nicht, weil fast alle Gestalten äußerst mager sind.“ Dies sagte er mit einem unmerklichen Scheln. „Es gibt keine amerikanischen Filmschauspieler,

die sich in einem derartigen Zustande befinden. Liebt der Amerikaner die Kunst genug, um ihre Willen das Verhungern zu wagen?“

Um diese Zeit hatten wir in Amerika etliche Millionen Arbeitsloser, und viele von ihnen waren dem Hungertode nahe. Ich meinte, unter ihnen müßte es auch einige Intellektuelle geben. Der Kritiker entgegnete: „Dann haben diese schon so lange gehungert, daß sie daran gewöhnt sind und sich darauf verstehen, es zu genießen, oder zumindest es in eine Kunst zu verwandeln. Ist es nicht der Bräustein wahrer Kunst, daß sie im Feuer des Leidens geläutert werde? Auf diese Art begannen alle großen geistigen Bewegungen der Menschheit; zum Beispiel das Christentum. Ihr Amerikaner aber habt aus Christus, dem Zimmermann . . .“

Ich lachte. Wir standen eben vor der St. Bartholomäusstraße, einem großen Braunsteingebäude, an der einen Ecke des Parks. „Da drinnen,“ sprach ich, „können Sie über dem Mar Christus, den Zimmermann, sehen, in weiche und amethystfarbene Gewänder gekleidet, als Schmelz des gemalten Fensters. Aber wenn Sie recht überlegen, so werden Sie zugeben müssen, daß nicht wir Amerikaner damit anfangen, dies aus ihm zu machen.“

„Nein,“ erwiderte er ebenfalls lachend. „Aber ihr habt aus ihm ein Symbol der Vornehmheit, den Gott der respektablen Dummheit gemacht.“ Derart plaudernd, bogen wir um die Ecke und erblickten unser Ziel, das Exzessorkino. Und dort saßen wir auch den Mob.

2.

Das Menschengedränge erblickend, meinte ich, es handle sich um die üblichen Kinobesucher, und sagte lächelnd: „Ist es denn möglich, daß das amerikanische Volk der Kunst gegenüber so tot ist, wie Sie meinen?“ Dann aber bemerkte ich,

die Menge woge hierhin und dorthin, und erblickte auch viele Männer in Uniform. „Hallo!“ rief ich. „Was ist da los?“

Wildes Geköhle dröhnte durch die Luft, die Uniformierten schienen die Zivilisten zu puffen und zu stoßen. Da wir näher herankamen, fragte ich einen der Umstehenden: „Was geschieht hier?“ Die Antwort lautete: „Diese Menschen wollen nicht, daß die Leute ins Kino gehen.“

„Weshalb?“

„Es ist ein deutscher Film. Sonnenpropaganda.“

Ihr dürft nicht vergessen, daß ich geholfen habe, den Sieg zu erringen, und dies ist etwas, das einem Menschen nicht so leicht aus dem Gedächtnis schwindet. Ein augenblicklicher Verdacht kam mich an und ich blickte auf meinen Gefährten, den hochgebildeten Kritiker aus Berlin. War es möglich, daß dieser beredte Mann mir einen Streich spielt, vielleicht versucht, in mein primitives amerikanisches Gehirn etwas einzuschmuggeln, ohne daß ich es bemerke? Dann aber ent-sann ich mich seiner Schilderung des Films, der „reine Kunst“ bloß um der Kunst willen“ sein will, und bedachte auch, daß der Krieg nun schon seit drei Jahren beendet und ich schließlich fähig sei, selbständig zu denken.

Dr. Henner sprach als erster: „Es wäre wohl klüger,“ meinte er, „wenn ich nicht ins Kino ginge.“

„Unfinn!“ rief ich. „Ich lasse mir von einer Bande Idioten nichts vorschreiben.“

„Ja, Sie sind Amerikaner, brauchen sich nichts gefallen zu lassen. Ich aber bin Deutscher, muß dies lernen.“

Ich bemerkte seine Verbitterung, doch ver-argte ich ihn nicht. „Das ist ein Unfinn, Dr. Henner, Sie sind mein Gast, und ich gestatte nicht . . .“

(Fortsetzung folgt.)

mann, veröffentlicht in der Moskauer Presse folgende Auslassung über den deutsch-russischen Wirtschaftsverkehr: Es ist unrecht, zu behaupten, daß seit dem Abschluß des Rapallovertrages von beiden Seiten nichts getan worden sei, um die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen zu fördern. Der heutige Stand der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen läßt sich kurz so beschreiben: Deutschland hat es verstanden, seine frühere Monopolstellung als Lieferant von Produktionswerkzeugen für Rußland wieder zu erobern. Auf diesem Gebiet kann das übrige Rußland mit Deutschland auf dem russischen heute so eingegengenen Markte nicht konkurrenzieren. Die wichtigste ausländische Vertretung Rußlands befindet sich jetzt in Berlin. Das Außenhandelskommissariat arbeitet rüftig in Berlin nach zwei Richtungen hin: Es macht die notwendigen Großaufträge und bereitet gleichzeitig den Boden vor für Abschluß von wichtigen Konventionen Kaufmann spricht sich zum Schluß seiner interessanten Ausführungen sehr optimistisch über die weitere Entwicklung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen aus. Seiner Ueberzeugung nach wird der Rapallovertrag kein toter Buchstabe sein.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Prague and Vienna.

Prager Kurse.

Table with market prices for various goods like flour, oil, and sugar.

Züricher Schlußkurse.

Table with stock market closing prices for various locations.

Aus der Arbeiterbewegung.

Landeskongress der Föderation sozialistischer Parteien Rumäniens. Das Bureau des Zentral-Exekutivkomitees der Föderation sozialistischer Parteien in Rumänien beruft für den 26., 27. und 28. November 1922 einen Landeskongress nach Bukarest ein. Der Kongress hat folgende Tagesordnung: Konstituierung, Berichte, die innerpolitische Lage, soziale Gesetzgebung, das Kommunalprogramm, die Agrarfrage, die Nationalitätenfrage, die internationale Lage, Organisation, Agitation und Presse und Allgemeines.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Prag, Samstag, den 21. Oktober, fand im „Goldenen Kreuz“ in Prag die ordentliche Bezirkskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Bezirksorganisation Prag statt, an der 24 Delegierte teilnahmen. Als Vertreter des Parteivorstandes war Genosse Cermak, als Vertreter des „Sozialdemokrat“ Genosse Friedmann erschienen. Für die abtretende Bezirksvertretung erstattete den Bericht Genosse Braun, der auch in Verbindung des Genossen Dr. Bloch für den Klub der Gemeindevertreter referierte. Für das Bezirksfrauenkomitee berichtete Abgeordnete Genossin Deutsch, den Kassabericht erstattete Genosse Lachner, den Bericht der Kontrolle Genosse Dr. Krouz. Nach einer lebhaften Debatte wurde zur Wahl der neuen Bezirksvertretung geschritten, wobei Genosse Dr. Strauß zum Bezirksvertrauensmann gewählt wurde. Dieser erstattete sodann ein beifällig aufgenommenes Referat über die künftigen Aufgaben der Organisation. Zum Schluß wurde eine Reihe von Anträgen, die aus der Mitte der Versammlung gestellt wurden, der neuen Bezirksvertretung zu Erledigung übertragen.

Frauen-Kreis-Konferenz Troppau. Samstag, den 14. Oktober tagte im Arbeiterheim in Jägerndorf die diesjährige Konferenz der organisierten Frauen des Troppauer Kreises. Auf der Konferenz waren 27 Genossinnen anwesend, die sich in drei Gruppen teilten. Für die Kreisvertretung war Kreisvertrauensmann Genosse Jockl erschienen. Genossin Hanel erstattete den Tätigkeitsbericht des Frauenkreises. Nach einer Debatte sprach Genossin Hanel weiter über Agitation und Organisation. Hierzu sprach auch Genosse Jockl. Am schließlichen für die Delegierten war das Referat der Genossin Jockl über die Bildung der Partei. Nach der Debatte wurden in das Frauenkreiskomitee die Genossinnen Marie Jockl zur Kreisvertrauensperson, als Beisitzerinnen Trenka (Jägerndorf), Siegel (Freudenthal), Jilg (Wigstahl), Planer (Oberberg), Karel und Hanel (Troppau) gewählt. Daraus fand die Frauen-Kreis-Konferenz mit dem „Liebe der Arbeit“ ihr Ende. — Bei der Kreis-Konferenz Troppau, über die wir bereits berichteten, sprach über „Die Internationale“ Genosse Kromer (Teplitz). Er feierte die Einigung der sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und besprach die Einigungsmöglichkeiten des gesamten Proletariats. Redner kam zu dem Schluß, daß die Einigung der Arbeiterklasse auch ohne die Kommunisten möglich ist. Er verlas am Schluß seiner Ausführungen eine Resolution, die

einstimmig angenommen wurde. Nach dem Referat des Genossen Kromer sprach zum gleichen Thema Senator Genosse Palach. Die Kreis-Konferenz, auf der insgesamt 106 Delegierte anwesend waren, wählte hierauf in die Kreisvertretung: als Kreisvertrauensmann Hans Jockl, als Kreissekretär Stefan Jilg und als Beisitzer Marie Jockl, Rudolf Deeger, Franz Link, Johann Trenka, Rudolf Kowalik, Dagober, Heidrich, Dr. Jakob Klein, Rudolf Görner, Marie Ryschawh und Dr. Emanuel Löwy.

Kunst und Wissen.

Alfred Grünfeld im Deutschen Theater. Im Herbst der „Fledermaus“ trat Samstag Alfred Grünfeld als einziger konzertierender Gast des Prinzen Erlöfth auf. Ein in allen Rängen gefeiert volles Haus und Stürme von Applaus grüßten den ewigen und lebenswichtigen Künstler. Ein Meister, der seine Stärke kennt wie seine Grenzen, der sich nicht übernimmt und zu Experimenten verleiten läßt, die nicht zu seinem Wesen passen, der dafür aber seine Eigenart bewahrt und vervollkommen, ist eine Seltenheit. Und wie sinnbetörend ist diese Eigenart Grünfelds! Der süße Anschlag (auch der linken Hand), das Berende der figurierten Passagen, die ausdrucksvolle Kamille, die Exaktheit seiner Terzen- und Klaven-Gänge sind bekannt. — Ueber die den Rahmen für dieses Konzert abgebende Fledermaus-Aufführung wäre höchstens insoweit etwas zu sagen, als man bemerkt die Schäden bemessen könnte, die durch Pflege der neueren Operette entstanden sind. Johann Strauß, der große Klassiker der Operette, muß „gejungen“ werden; mit Sprechen und Markieren kann man solche „Gesangsparien“ nicht bewältigen. Außer Herrn Jilg, der Ständchen und Finale des ersten Aktes gut sang und spielte, war alles unzulänglich. Dr. F. R.

Neues Theater. Heute, den 24.: „Bauwau“; Mittwoch, den 25.: „Die lustigen Weiber von Windsor“; Donnerstag, den 26.: „Aida“; Freitag, den 27.: „Bauwau“; Samstag, den 28.: nachmittags „Bajadere“; abends „Salome“; halb 10 Uhr nachts: Uraufführung „Entlassung“; Sonntag, den 29.: nachmittags „Haben Sie nichts zu verzeihen?“, abends „Lffenbach“.

Kleine Bühne. Mittwoch, den 25.: „Derivoll“; Donnerstag, den 26.: „Mandragola“; Samstag, den 28.: nachmittags „Liebeslied“ (in Anwesenheit der Dichterin), abends „Bauwau“; Sonntag, den 29.: „Entlassung“.

Gastspiel Barbara Kemp. Die Künstlerin der Berliner Staatsoper singt am Donnerstag im Neuen Theater die „Aida“, Samstag „Salome“ und nächsten Dienstag Max von Schillings „Mona Lisa“.

Rag von Schillings, der Generalintendant der Berliner Staatsoper, tritt im Rahmen des 2. Philharmonischen Konzertes Sonntag, den 29. d. vormittags als Erchesterdirigent vor das Prager Publikum. Ferner dirigiert er am 31. Oktober seine Oper „Mona Lisa“.

Gastspiel Michael Bohnen. Am nächsten Dienstag singt Michael Bohnen in der Vorstellung „Mona Lisa“ den Francesco.

Bereinsnachrichten.

Hat Christus gelebt? Vortrag des Universitäts-Professors Artur Drews-Rarkube, veranstaltet vom „Freien Gedanken“, Ortsgruppe in Prag, Donnerstag, den 26. Oktober um 8 Uhr abends im Karolinum. Den Vereitern aller Konfessionen wird freie Ansprache gewährleistet.

Turnen und Sport.

Innere Turnerbewegung.

Zum 4. Bundesturntag in Teplitz am 28. und 29. Oktober.

Der Arbeiter-Turn- und Sportverband hält am 28. und 29. Oktober in Teplitz seinen 4. Bundesturntag ab. Ueber die Entwicklung des Verbandes, sowie über das Wesen der Arbeiterturnbewegung überhaupt, geben nachstehende Daten Aufschluß: Die ersten Anfänge der Arbeiterturnbewegung in Böhmen fallen in die Jahre 1893 und 1894. Die Arbeiterturnerschaft gehörte damals und bis Jahre 1910, in zwei Kreisen, organisiert, dem Arbeiterturnerbund in Deutschland an. Im Jahre 1910 wurde für die Gebiete des alten Oesterreich ein eigener Verband geschaffen, der eine schöne Entwicklung nahm, aber durch den Krieg völlig zerstört wurde.

Nach dem Kriege gingen unsere freien Turner wieder kräftig ans Werk und heute zählt der Verband 491 Vereine mit 40.000 Mitgliedern. Seit dem letzten Verbandstage 1920 hat der Verband eine Zunahme von 141 Vereinen und 10.000 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Organisation ist auf zentralistischer Grundlage aufgebaut. Beiträge, Weiden, Unfallwesen sind straff geregelt. Die Arbeiter-Turn- und Sportzeitung erscheint in einer Auflage von 39.500 Stück und ist obligatorisch eingeführt.

Der Verband ist eine der wenigen Arbeiterorganisationen, die bis heute von der Spaltung verschont geblieben. Er ist gegliedert in sieben Kreise und 29 Bezirke. Die turnerische Tätigkeit ist gut; im Jahre 1921 fand ein zehntägiger Bundeskurs statt. Ihm schlossen sich die Bezirkskurse mit zusammen 1250 Kursteilnehmern an. Dem Frauenturnen wurde ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet, Schwimmen, Spiele, unter diesem auch Fußball, haben ebenfalls im „Bunde“, wie die Turner kurz ihren Verband nennen, ziemliche Ausbreitung gefunden.

Neben den Mitgliedern turnen im Bunde über 10.000 Schüler; für diese wird eine eigene Schülerzeitung „Ringelreihen“ herausgegeben. Die Schülerabteilungen sind auch heute noch den Schikanen verschiedener Schulbehörden ausgesetzt, die es nicht verstehen können, daß die Arbeiter ihre Kinder in ihrem Sinne zu erziehen berechtigt sind. Auf diesem Gebiete ist eine Ab-

wehrtaktion im Gange, welche die Unterstüßung der organisierten Arbeiterschaft benötigt. Hand weg von unseren Schülerabteilungen! auch die Parole der Arbeiter sein.

Am Bundesfest in Leipzig war der Verband mit 6000 Teilnehmern vertreten. Die turnerischen Leistungen fanden bei allen ausländischen Vertretungen vollste Anerkennung.

Dem Erziehungs- und Bildungswesen ist ein breiter Raum gegeben, durch einen Erziehungsplan und Wahl von Vereins-, Bezirks- und Kreis-erziehern sollen diese Bestrebungen in ein festes System gebracht werden. — Der Verband gehört der großen Sportinternationale der Arbeiter, Sitz Brüssel, an.

Fußball vom Sonntag. Prag: Meisterschaft: Sparta Koste gegen Sparta Kladno 3-0 (1-0). Pokalspiele: Slavia gegen Viktoria Zizkow 3-1 (1-1) abgebrochen; AC. Sparta gegen Libek 4-1 (2-0); Gedie Smichow gegen Ruselitz SA. 3-2 (1-1); Gedie Karlin gegen SK. Kladno 2-1 (1-1). Freundschaftsspiele: WFA. Brkovic gegen Meteor Bimohrad 2-0 (1-0); Studentstf. SA. gegen WFA. Pardubice 1-3 (1-1); Deutsche Sportbrüder gegen Meteor VIII 5-2 (2-1); DFC. Ref. gegen Hagibor 4-4 (2-1). — Troppau: DFC. Prag gegen D. SA. Troppau 2-2 (2-0), Ligameisterschaft. Gleichwertiges Spiel. — Brünn: Mor. Slavia gegen Raffabi 1-1; Zidenice gegen SA. Podonin 4-0; Brünner SA. gegen Achilles 2-0; Amateure gegen Kral Pole 5-0. — Aussig: Ungarischer FB. (Stowakel) gegen DFB. 2-1. — Wien: Meisterschaft 1. Kl.: Amateure gegen WAF. 8-0 (!). Brillantes Spiel der Amateure, die sich in einer noch nie dagewesenen Hochform befinden (kommenden Sonntag spielen die Amateure in Prag gegen Slavia). Amira gegen Hakoah 2-1; Hakoah unter jeder Kritik. Wiener Sportklub gegen Vertha 2-1; Vienna gegen FAC. 3-2; Rudolfsbüchel gegen WAC. 2-0; Wacker gegen Simmering 1-2. 2. Klasse: Slovan gegen Rennweg 6-0; Gröfiter gegen Lehrer-SpB. 3-1; Esmart gegen Blue Star 5-2. — Budapest: MTR. gegen Rapid-Wien 5-1 (1-1), Rapid bricht in der zweiten Halbzeit infolge Verfassens der Halbzeit zusammen.

Der deutsche Weltrekord im Gleitflug geschlagen! Den Preis von 100 Pfund Sterling, den die „Daily Mail“ für den längsten Gleitflug ausgesetzt hat, gewann nach einer Meldung aus London der Franzose Maneyrolle mit einer Flugzeit von drei Stunden 21 Minuten. Damit hat er den deutschen Rekord um 15 Minuten geschlagen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

W. STANEK'S TEE PRAG

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Holtk.

Advertisement for BERSON GUMMI-ABSATZ UND GUMMI-SOHLÉ. Includes image of a shoe and text: 'ist billiger und dauerhafter als Leder. Bester Schutz gegen Kälte und Nässe'.

Advertisement for O. B. Müller & Co. featuring a woman in a hat and coat. Text: 'Prag, L. Celetná 35. vis a vis Pulverturm.'

Haus für moderne Herren- und Damen-Bekleidung. Anzüge, Raglans, Wirtschaftswinterröcke. Herren-Winterröcke, Wirtschaftspelze. King, der König der Winterröcke. vollständiger Ersatz der teuren Stadtpelze, Seidentulgar, schwarzer Pelzkragen 1070. von Kc 220.- aufwärts, von Kc 320.- aufwärts, von Kc 230.- aufwärts, von Kc 430.- aufwärts, von Kc 480.- aufwärts, von Kc 1200.- aufwärts.

Gegen die modernen Guben. scheidet Heinrich Mann in seinen Romanen Dr. Kater, Prof. Professor Ural, Die Armen. Jeder Band gebunden 32 Kronen. Zu beziehen durch die Buchhandlung Freiheit, Teplitz, Zhdanow, Theresienstraße 18.

Advertisement for Arbeiter-Kalender and Arbeiter-Jahrbuch 1923. Text: 'Mitte des Monats Oktober erscheinen die beiden Arbeiter-Kalender... Arbeiter-Jahrbuch 1923 das reich illustriert ist, zahlreiche Gedichte, Erzählungen, Aufsätze und Skizzen enthält und im besten Sinne des Wortes ein Hausbuch für sozialdemokratische Arbeiter genannt werden kann. — Bestellungen auf die beiden Kalender nehmen unsere Vertrauensmänner jetzt schon entgegen. Der Taschenkalender wird 6 Kronen und das Arbeiter-Jahrbuch 1923 7 Kronen kosten. Genossen und Genossinnen! So wie ihr die bürgerliche Presse aus den Arbeiterwohnungen verdrängt, müßt ihr auch die bürgerlichen „Familienkalender“ aus ihnen vertreiben und dafür sorgen daß möglichst viele unserer Arbeiter-Kalender vertrieben werden.'

Advertisement for Lato Milch-Schokolade. Text: 'Lato die beste Milch-Schokolade besorgt den Konsum-Vereinen die G. E. C.'